Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 28.März 2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14 Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung (PKH-Verfahren)

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem
Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Antwort auf das Schreiben des Berichterstatters RiVG Hofmann
vom 03.März 2017 (eingegangen am 10.März 2017)
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung

Begründung mit fortlaufender Kapitelnummerierung:

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarar staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigenfinanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh Anlage BVG-02):
Frontalangiffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundersregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstattaers RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

Detaillierte Ausführungen in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Zu 67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Das Opfer hat mit Kapitel 66 im
Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg (Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015) geschrieben:
Kapitel 66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Das Opfer hat mit
Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
nicht nur einen signifikanten Anteil am Aufbau und Aufstieg der deutschen IT und Telekommunikation zu einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich 2000 geleistet,
sondern auch einen herausragenden Anteil am europäischen Zusammenwachsen der IT und Telekommunikation vorzuweisen.

Heute im Jahr 2017 :
Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost.
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Europa steht mit dem BREXIT vor einem katastrophalen Abgrund.
China, im Jahr 2000 Entwicklungsland, zeigt auf der CeBIT 2017 seine technologische Stärke, die neue Generation der 5G-Technik für mobile Funknetze, digitale Top-Technologien, Magic-Mirror-Roboter . . . .

Die Europäischen Congressmessen hatten, in 2000 nach über 20 Jahren auf dem Höhepunkt, nach dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 keine Chance mehr. Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen beklagt staatlich erzwungene Altersarmut. **Der Schadenersatz-Anspruch und der Rehabilitierungs-Anspruch (hier) sind viel größer denn je.**

Vom Kläger wurde umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt: eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten. Sieh Anlagen-Auflistung oder in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Unverzichtbar ist das volle Programm der Rehabilitierung nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung.

Der Betroffene ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)
wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)

Die dadurch verursachte, vom Opfer unverschuldete, staatliche erzwungene Altersarmut wird von deutscher Justiz
mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz,
mit rechtsbeugender Justiz und
mit grundgesetzwidriger Versagung von rechtlichem Gehör für schwerste staatliche Übergiffe
mit tumbem Missbrauch von Staatsgewalt immer wieder gnadenlos ausgenutzt.
Hinzu kommen Zwangsmassnahmen der klagenden Versicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt (Zerschlagung 4) und offensichtlich mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung auch noch profitieren möchte.

Politisch motivierte Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff** auf das deutsche Grundgesetz (GG) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Zu 68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarar staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

Die dadurch verursachte, vom Opfer unverschuldete, staatlich erzwungene Altersarmut wird von deutscher Justiz bis heute
mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz,
mit rechtsbeugender Justiz,
mit grundgesetzwidriger Versagung von rechtlichem Gehör für schwerste staatliche Übergiffe in unerträglicher Weise ignoriert. Hinzu kommen Zwangsmassnahmen der klagenden Versicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt (Zerschlagung 4) und offensichtlich mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung auch noch profitieren möchte. Politisch motivierte Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff** auf das deutsche Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Zerschlagung 1: Gigantische Umverteilungsoperation der deutschen Bundesregierung mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers:
Erzwingung mit dem
Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz (Versagung jeglichen Gehörs) zu allen Anschreiben insbesondere an Mitglieder der Bundesregierung seit 2003 wegen verheerender Folgewirkungen
ohne Chance für das Opfer
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland

Sieh Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zur Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Politisch motivierte Zerschlagung 1 in Deutschland und staatliche Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen

Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,
von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und aus separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände der ONLINE 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist
staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Stand des zivilrechtlichen Schadenersatzverfahrens nach Klageerhebung mit Schriftsatz vom 30.März 2015 an das Landgericht Wuppertal
Bis heute: Versagung von rechtlichem Gehör zu rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
zu politisch motivierter Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Daher: Mehrfach wiederholter Antrag auf Fortsetzung des zivilrechtlichen Schadenersatzverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf

Zerschlagung 2: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung seines Bruders mit einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06.07.2012 im Landkreis Tirschenreuth / Bayern und Fortsetzung der bayerischen Treib- und Hetzjagd auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz und Versagung von rechtlichem Gehör,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wegen krimineller Rechtsbeugung und
nach Rechtsbeschwerde am Bundesgerichtshof wegen Untätigkeit des Generalbundesanwalts
wegen Zerschlagung mit **tödlichem Finale** und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden:

- ☹ Wirtschaftlicher Ruin seines verstorbenen Bruders,
- ☹ Zerstörung seines Bäckereibetriebs mit Qualitätsprodukten,
- ☹ Wasser-Turbinentriebwerk in Verrostungsstillstand versetzt
- ☹ Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil noch in 2012 abgewiesen wurde
- ☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Klägers, 2.Todesopfer: Bruder des Klägers)
- ☹ Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer) zur Errichtung einer Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes auf seinem Hofgrundstück
- ☹ Ruinöse Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch Katastrophen-Pumpwerksanlage eines Fäkalienabwassernetzes auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen,
- ☹ Bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Klägers,
- ☹ Verseuchung von Grund, Boden, Umfeld und Räume des Lebensmittelbetriebs durch Emissionen und kontaminiertes Hochwasser
- ☹ Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m. in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren, mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen, mit Zwangsgeldbescheiden usw.
- ☹ Finale Zerschlagung mit einer 8-Personen-Task-Force zur Betriebsschließung einer kleinen, qualifizierten Dorfbäckerei mit weniger Mitarbeiter(innen) als Spezialisten der exekutierenden Task Force
- ☹ Finale Zerschlagung mit Schaden maximierenden Maßnahmen, obwohl keine Gesundheitsgefährdung durch Qualitäts-Bäckereiprodukte bestanden hat
- ☹ Massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen am laufenden Bande durch ständige Verwaltungsübergriffe einer Schreckensverwaltung
- ☹ Massive Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),
- ☹ Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,
- ☹ Finaler Vernichtungsschlag mit einer 8-Personen-Task-Force (O-Ton des exekutierenden Landratsamtes) in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd des Verstorbenen
- ☹ Freitod des Verstorbenen im Juli 2012, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde
- ☹ Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, sodass der klagende Erbe nur noch Nachlass-Insolvenz anmelden konnte
- ☹ Judikative Rechtsbeugung durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Verdeckung der Rechtsbeugung
- ☹ Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Behörden mit Zwangsmassnahmen und rechtswidrigen, schikanierenden Behördenbescheide in NRW (2016)

Sieh Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(2 BvR 628/17, AR 1475/17, 32 Seiten, 1.120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör,
Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen 1 und 2 zu einer
Sippenzerschlagung mit Todesopfer, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit krimineller Rechtsbeugung

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz unter gnadenloser Ausnutzung der politisch erzwungenen Altersarmut seines Rechtsnachfolgers,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf

Verfassungsbeschwerde in Anlage BVG-02 auch im Internet:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders
nach politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag und die wegen staatlich erzwungener Altersarmut vom Rechtsnachfolger nur noch im Internet besucht werden kann:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Zerschlagung 3: Mitverantwortung und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu politisch motivierten und heimtückisch ausgeführten Zerschlagung des klagenden Opfers in Abstimmung mit der Beklagten

Gigantische Umverteilungsoperation durch heimtückisch geplante, rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit einem Monster-Markteingriff
Massiver Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG):
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht)
Ohne Übertragungsrechte: Live-Übertragung durch PHOENIX (Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) von der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers.
Mit Live-Übertragung professionelle Informationsdienste des Opfers für gigantische Umverteilungsoperation mit dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 rechtswidrig vorbereitet und ausgenutzt:
Schadensabschätzung mindestens über 100.000 DM
Opfer musste seine „Henker", das steuer- und gebührenfinanzierte Establishment im Rundfunkwesen, umsonst mit hochqualifizierten Informationen unter dem Deckmantel des Pressearbeit versorgen, sozusagen „sein eigenes Grab schaufeln".

Offensichtliche Erklärungsnot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten:
Bis heute keine Beantwortung zahlloser Schreiben des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen an Intendanten und ARD-Vorsitzenden
Aufforderung an den beklagten WDR zur längst fälligen Stellungnahme

Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmassnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe
rechtshängig mit Antrag auf Berufungsverfahren
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

Nach Verfassungsbeschwerde vom 18.08.2016
wegen Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs.1 GG (**AR 5737/16 rechtshängig)**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf

und Antrag vom 30.Okt. 2016 auf Zulassung der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf

Zerschlagung 4 und 5: Finale Zerschlagung unter Mitverantwortung der klagenden Kranken- und Pflegeversicherung (Zerschlagung 4), die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und offensichtlich mit Zwangsmassnahmen von einer finalen Zerschlagung auch noch profitieren möchte, weil der Versicherungspflichtige wegen staatlich erzwungener Altersarmut keine Beiträge mehr bezahlen kann, unter Mitwirkung skrupelloser Spezialabteilungen weisungsgebundener Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
Kriminelle Rechtsbeugung mit Unterdückung beantragter Rechtsmittel zur Abwehr der Rechtsbeugung: **Verurteilung wegen <u>Verkehrsordnungswidrigkeit</u>**
aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge politisch erzwungener Altersarmut und erhöhter Rechtskosten-Belastungen
ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung dieser Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Urteile und Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)

Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

17.Juni 2014: Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt und Einlieferung in die JVA wie in dem DDR-Unrechtsstaat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Wie in einer Bananenrepublik und einem totalitären Unrechtsstaat:
Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, intrenationale Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann
nach jahrelangen, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)

Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.

Der Vorgeladene hat keine Krankenversicherung mehr seit 2010
aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut. Die 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal hat mit einem künstlichem Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 rechtliches Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut versagt.
Dagegen hat der Vorgeladene termingerecht mit einer ausführlichen Begründung im Schriftsatz vom 26.05.2015 das Rechtsmittel der Berufung beantragt, den Antrag durch alle Instanzen in einem PKH-Verfahren vorgetragen und letzlich das Bundesverfassungsgericht wegen Unterdrückung von rechtlichem Gehör mit der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16 vom 11.Jan.2016 angerufen:
Nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf
Scroll down after link (page 56)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Unerträglich ist der Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe für ein künstliches Teilversäumnisurteil zum Zwecke der Unterdrückung rechtlichen Gehörs für die kausalen Zusammenhänge insbesondere mit der bundespolitisch motivierten Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1) und der schuldlosen, staatlich erzwungenen Altersarmut

Dieses künstliche Teilversäumnisurteil zum Zwecke der verfassungswidrigen Verhinderung rechtlichen Gehörs ist
ohne jeden Zweifel **als verfassungswidrig** zu bewerten, weil sich das ahnungslose Opfer
gegen eine hinterlistige Verfahrensstrategie im Widerspruch zum Recht auf ein faires Verfahren (**Europäische Menschenrechtskonvention Art.6**) nicht einmal wehren konnte. Das Berufungsverfahren wird bis heute verweigert.

Das künstliche Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 mit Unterdückung von rechtlichem Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut ist **verfassungsgwidrig**, weil ein massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG und gegen Europäische Menschenrechte (EMRK Art.6) vorliegt.

Der Kläger (DEBEKA) ist über alle Vorgänge ausführlich informiert. Er hat zur rechtsbeugenden Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur **privaten Pflegepflichtversicherung** infolge staatlich erzwungener Altersarmut am Amtsgericht Mettmann als Zeuge mitgewirkt,
er betreibt nun Zwangsmaßnahmen aus dem verfassungswidrigen Urteil (7 O 314/12) gegen das Opfer,
dem rechtliches Gehör versagt und unterdrückt wurde und
das seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erhält.

Das Opfer hat die Unterlagen der laufenden Zwangsmaßnahmen an das **Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)** übergeben:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Zu 69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigenfinanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

Die deutsche Bundeskanzlerin, die Bundesminister und Staatssekretäre haben vom Opfer nach 2003 viele, qualifizierte Briefe und Projektvorschläge erhalten,
haben aber jede Antwort verweigert. Offensichtlich in Abstimmung auch die **Intendanten des beklagten ÖRR.** Die Mitverantwortung des ÖRR für die politisch motivierte Zerschlagung des Opfers ist unbestreitbar.
Deutschland hat den Schaden,
wenn Professionalität und Grundrechte mit extremistischen Übergriffen ausgehebelt werden,
wenn professionell arbeitende Pioniere der digitalen Evolution mit krimineller Sippenzerschlagung ausgesperrt werden.
Sieh Beweise-Ordner 3 und 4 in ordnerweise sortiertem Beweismaterial (5 Beweise-Ordner), das bei Gerichten vorgelegt wurde.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Keine einzige Antwort der vom ahnungslosen Opfer angeschriebenen Intendanten des ÖRR:
Sieh z.B. Anlagen 3.94, 3.96, 3.97 u.a. im Beweise-Ordner 3, weitere Beweise bei Zerschlagung 3.

Bundeskanzlerin, Bundesminister und Staatssekretäre, Intendanten wollten und wollen über die Hintergründe der politisch motivierten Zerschlagung nicht kommunizieren. Für den ÖRR und ihre Redakteure, für einen nationalen IT-Gipfel unter Federführung des BMWi und andere Veranstaltungen, für ein mit Gebühren und Steuergeldern finanziertes Establishment wurde hier privater professioneller Wettbewerb mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, einfach platt gemacht und danach mit diskriminierender Kommunikationsverweigerung und beruflicher Ausgrenzung einfach ausgesessen.

PHOENIX ist 1997 auf Sendung gegangen und suchte Betätigungsfelder. Das ahnungslose Opfer hatte nicht den Hauch einer Chance gegen das mit Steuergeldern und Gebühren finanzierte Establishment, nach der Zerstörung des Innovationsmarktes mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Ohne Subventionen oder Gebühren gab es nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für private Messe- und Congressveranstalter der ITK-Branche keine Perspektive. Hier sah der ÖRR eine seiner Chancen. Sie wollten von einer Zerschlagung der Congressmessen des Klägers maximal profitieren und jeden privaten Wettbewerb ausschließen.

Heute muss das Opfer prozessieren, weil es die Gebühren des ÖRR nicht mehr bezahlen kann und bei der Gebühreneintreibung mittels Zwangsmaßnahmen wie eine **„Sau durch's Dorf getrieben wird**“, von einem ÖRR (WDR), der für die Zerschlagung des Opfers nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit Verstoß gegen das Rundfunk- und Fernsehrecht mitverantwortlich und mitschuldig ist.

Über 27 Jahre haben die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen herausragende Leistungen für den Innovationstransfer in Deutschland erbracht und exzellente Innovationseffizienz ermöglicht.
Über 260 ISBN-nummerierte Congressbände zu über 260 Congressen der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH
mit einer Auflage von mehreren 100.000 Exemplaren
stellen mit vielen hochqualifizierten Referatsdokumentationen
über ein Viertel Jahrhundert (seit 1976) lang in jährlichem Turnus
eine einmalige, zeitgeschichtliche Dokumentation
zur Entstehung und Entwicklung der ITK-Branche, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, zum Internet der Dinge (IoT) in das digitale Zeitalter.
Das sind historische Dokumente deutscher Innovationsfähigkeit. Hochqualifizierte Sprecher aus Politik und Wirtschaft, aus Forschung und Technik, aus Deutschland und Europa, aus einer Zeitepoche bis zum Jahr 2003, in der deutsche Telekommunikation Weltspitze gewesen ist, z.B**.**

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Informatiker der ersten Stunde,
auf der ONLINE 1980: "Die gegenwärtigen Veränderungen der Kommunikationstechnik werden wahrscheinlich das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten so tiefgreifend verändern wie einst die Erfindung der Schrift oder des Buchdrucks." Diese tiefgreifenden Veränderungen wurden zum Inhalt der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation.
Dokumente weiterer Sprecher u.a.:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland,
auf der KOMMTECH 1988,

Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und später Thüringen auf der ONLINE 1985

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk auf der ONLINE 1987

Verstorben am 24. August 2016 in Hamburg

Wir trauern um unseren langjährigen Förderer, Schirmherrn und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

Dr. Henning Voscherau

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg > http://www.euro-online.de/h6.htm

>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg auf der ONLINE 1987

Dr. Lutz G. Stavenhagen, Staatsminister im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH 1987

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auf der KOMMTECH 1988,

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE 1988

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen auf der ONLINE 1988

Dr. phil. Peter Scholl-Latour, deutsch-französischer Publizist, Congressleiter von Congress II (Kabel- und Satellitenkommunikation in Europa) und Herausgeber des Congressbandes II (ISBN 3-89077-062-2) auf der ONLINE 1989.

Björn Engholm, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein auf der ONLINE 1989

Alfred C. Partoll, Senior Vice President der AT & T , New Jersey/USA auf der ONLINE 1989

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg auf der ONLINE 1990 und folgenden Congressmessen bis 1997

Dr.-Ing. Gunter Thielen, Vorstandsvorsitzender des Medienkonzerns Bertelsmann, 1990 Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG auf der ONLINE 1990

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft und Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH auf der ONLINE 1991

Gerhard Schröder, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und danach Bundeskanzler auf der ONLINE 1991

Jörg Rieder, Vorsitzender der Geschäftsführung der Digital Equipment GmbH auf der ONLINE 1992

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, auf der ONLINE 1993, und als Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen auf der ONLINE1995

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993

Gerhard O. Pfeffermann, Staatssekretär beim Bundesminister für Post und Telekommunikation auf der ONLINE 1994

Norbert Burger, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Köln auf der ONLINE 1994

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation auf der ONLINE 1995

Peer Steinbrück, Minister für Technik, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein auf der ONLINE 1995

Dr. Günter Rexrodt, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996

Prof.Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen auf der ONLINE1996 und ONLINE 1997

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Wettbewerb, auf der ONLINE1997

Dr. Franz Schoser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages auf der ONLINE 1997

Kurt van Haaren, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft und Präsident der Kommunikations-Internationale auf der ONLINE 1998

Klaus-Dieter Scheuerle, Gründungspräsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post auf der ONLINE 1998

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999

Gerd Tenzer, Mitglied des Vorstands der Deutschen Telekom AG auf der ONLINE 1999

Chris Gent, Chief Executive Officer, Vodafone Airtouch, Newbury / United Kingdom auf der ONLINE 2000

Matthias Kurth, Vizepräsident (später Präsident) der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (später Bundesnetzagentur) auf der ONLINE 2001

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, auf der ONLINE 2001

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung,
ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub,
in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse,
für den Telekommunikationsvorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,
über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber.
Beweise: Sieh Programm-Broschüren in den Anlagen 1.00 bis 2.03 der vorliegenden Beweisordner 1 und 2.
oder Google-Internetrecherche mit „*Vorname Nachname* euro-online“
oder > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50

Zu 70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

Die stärksten Instrumente staatlicher Wirtschaftslenkung basieren auf **Regulierung und Subventionierung.** Diese Instrumente werden bei **rechtwidriger Anwendung zu mörderischen Werkzeugen von Zerstörung, von Arbeitsplatzvernichtung (HARTZ IV, Agenda 2010**) und politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung.

Der Kläger hat in seinem gesamten Berufsleben seit Beendigung seiner akademischen Ausbildung als Dipl.-Ing. an der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1967 **keinerlei Subventionen** erhalten. Das betrifft alle seine Unternehmen. Er hat ausschließlich mit Eigenleistung die **in Mitteleuropa führenden herstellerunabhängigen ONLINE-Seminare** aufgebaut und daraus die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zum **nationalen IT-Gipfel** entwickelt. Er war unleugbar ausgewiesener **Pionier der Digitalisierung in Deutschland,** hat mit seinen herstellerneutralen ONLINE- Seminaren immer wieder NIXDORF-Mitarbeiter ausgebildet und hat mit seinen Europäischen Congressmessen ONLINE in den Jahren 2000 / 2001 **Deutschland zur digitalen Spitze im globalen Vergleich geführt.**
Heute ist Deutschland digitale Kolonie von USA und Fernost und Politiker beschwören im Wahlkampf die Notwendigkeit einer digitalen Revolution, weil sie die Fortsetzung der digitalen Evolution im Jahr 2000 unterbrochen haben, nach dem Einbruch infolge der verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, nach Hartz IV und Agenda 2010.

In der Internet-Cloud nachlesbar:
Erweiterte Verfassungsbeschwerde vom 20.April 2016, Kapitel II:
II. Weltklasse-Höchstleistungen des Beschwerdeführers für Deutschland:
Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem **weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation**
mit dem nationalen IT-Gipfel, den die Deutschen Bundesregierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 an sich gerissen hat
entgegen allen Kooperationsbemühungen des Beschwerdeführers,

der deswegen politisch motivierte Zerschlagung und psychische Zerschlagung über sich ergehen lassen muss und
dem seit 2010 der Zugang zum Grundgesetz verwehrt wird (durch Nicht-Annahme von Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung als Dauerzustand seit 2010, sieh erweiterte Verfassungsbeschwerde im Internet).
Seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 muss er den digitalen Niedergang Deutschlands miterleben:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf
Scroll down after link (page 11)

Der Betroffene hat vor dem Landgericht Wuppertal
zivilrechtliche Klage (2 O 70/15) erhoben auf
Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister,
Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)

Der Betroffene hat in seinem gesamten Berufsleben seit Beendigung seiner akademischen Ausbildung (Telekommunikation) als Dipl.-Ing. an der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1967 keine Subventionen erhalten. Das gilt für alle seine Unternehmen.
Er hat ausschließlich mit Eigenleistung die
in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminare aufgebaut und daraus
die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot zum nationalen IT-Gipfel entwickelt und über 25 Jahre in jährlichem Turnus durchgeführt:

Er hat in dieser Zeit über 260 Congresse, dokumentiert in über 260 ISBN-nummerierten Congressbänden (Auflage mehrere100.000 Bände), durchgeführt, zum Beispiel die
ONLINE 2000 Düsseldorf (23 Jahre Kompetenz & Know-how)
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows der Aussteller mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, mit Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Beweise für höchste Qualifikation seiner Congressmessen wurden im Beweis-Ordner 1 und 2 den Gerichten vorgelegt.
Besonders hervorzuheben sind außerordentliche Dokumente der Anerkennung durch staatliche Institutionen und führende Politiker wie z.B.

> > > Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

> > > Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

> > > Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

> > > Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

> > > Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

> > > Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

> > > Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

> > > Anlage DOK-03-7
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

Zu 71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh Anlage BVG-02):
Frontalangiffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

Der nationale IT-Gipfel war Teil der Europäischen Congressmessen ONLINE. Aufgrund verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, eines Monster-Markteingriffs mit Entzug von über 50 Mrd EUR, der zu einem **Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten Mittelstands eskalierte und den Innovationsmarkt der ITK-Branche völlig zerstört hat,** konnten die Europäischen Congressmessen nach der ONLINE 2001 mit Einsetzen der verheerenden Folgewirkungen des Monster-Markteingriffs nicht mehr kostendeckend durchgeführt werden:

Sieh Anlagen DOK-04-1, DOK-04-2, DOK-04-3 (Auszüge aus zivilrechtlichen Gerichtsverfahren)**.**
Die Schäden sind jedoch viel größer, als in diesen Anlagen zu erkennen sind. Mit der Einstellung der Congressmessen konnte sein Unternehmen auch kein Geschäftsführer-Gehalt mehr zahlen, keine Miete mehr zahlen für das eigene Geschäftshaus und für den Fuhrpark, die Agenturprovision seiner Werbeagentur ist weggefallen. Alle Mitarbeiter(innen) eines professionell operierenden Messeteams mit Datenbank-unterstützten Büroarbeitsplätzen, mit der in Deutschland führenden Datenbank für Innovationstransfer und Innovationseffizienz sowie mit Breitband-Internetanschluss, mußten Ende 2003 nach horrenden Verlusten entlassen werden. Sieh Anlage DOK-04-4**.**

Nach Einstellung der Congressmessen hat sich der Betroffene intensiv um eine Fortsetzung mit Unterstützung der Bundesregierung bemüht. Die Beweise dafür sind längst, ordnerweise sortiert, vorgelegt. Doch die Bundesregierung hat die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 gnadenlos ausgenutzt und
den Nationalen IT-Gipfel seiner Congressmessen an sich gerissen entgegen allen Kooperationsbemühungen des Betroffenen.
Mit diskriminierender und tumber Staatsgewalt ausgehebelt, ausgehungert und erstickt.

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hatte nicht den Hauch einer Chance,
weil politisch motivierte Zerschlagung von der beklagten Bundesregierung heimtückisch geplant und beschlossen war,
weil nationaler IT-Gipfel unter „Federführung“ des BMWi unter Ausschluss des Opfers politische Planung war:

Mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt und abgewürgt, mit staatlicher Planung heimtückisch ausgeschlossen.
Konzertierte Innovationsoffensive des Klägers von 2004 im Rahmen der CeBIT 2005 abgewürgt
Qualifizierte Projektvorschläge des Klägers für digitale Evolution in den Bundesländern ohne Chance
Projektvorschlägen des Klägers für digitale Evolution nach der Bundestagswahl 2005 jegliches Gehör verweigert

Die Zerschlagung des Klägers war ohne sein Wissen (heimtückisch) politisch motiviert, politisch geplant und beschlossen.
Heimtücke ist die bewusste Ausnutzung der auf Arglosigkeit beruhenden Wehrlosigkeit des Opfers durch den Täter, sodass es die Tat weder vorhersehen noch erwarten kann. Die Heimtücke ist im deutschen Strafrecht auch straferschwerend und zum Beispiel ein sog. Mordmerkmal. Beim Vorliegen dieses Merkmals bei einer vorsätzlichen Tötung handelt es sich nicht um Totschlag (§212 StGB), sondern um Mord (§211 StGB).
Im übertragenen Sinne ist hier beruflicher „Mord“ des Opfers auf der Höhe seiner Schaffenskraft mit Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen zu beklagen. Wegen der heimtückischen Ausführung ist hier nicht nur „Totschlag“, also nicht nur politisch motivierte Zerschlagung zu bewerten
Die Zerschlagung war für das Opfer überhaupt nicht vorhersehbar und nicht logisch nachvollziehbar, weil sein Einsatz und sein Know-how nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zum Wiederaufbau des zerstörten Innovationsmarktes dringend benötigt wurde, weil es darüber hinaus kooperative Bereitschaft als Dienstleister für die Staatswirtschaft (CeBIT)
mit überzeugenden Argumenten einer konzertierten Innovationsoffensive der ITK-Branche motiviert und mit einer Präsentation in Berlin vorgetragen hat.
Siehe Anlage 3.11 (Ordner 3): Präsentationen des Klägers als Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback
Siehe Anlagen 3.12, 3.21, 3.22, 3.23, 3.31 ff (Ordner 3)

Wenn die Beklagte in einem Rechtsstaat die Abhängigkeit erzwingt, dann muss sie auch Verantwortung für dieses erzwungene Abhängigkeitsverhältnis übernehmen. Notfalls vor Gericht.

Jede Unterstützung der Bundesregierung wurde verweigert. Das Bundeswirtschaftsministerium hat seine Bemühungen in 2004 um eine **konzertierte Innovationsoffensive im Rahmen der CeBIT 2005 verhindert,** weil und indem ein nationaler IT-Gipfel unter Ausschluss und ohne Wissen des Klägers, unter „Federführung“ des BMWi angestrebt wurde (in 2006 durchgeführt). Er wurde folglich heimtückisch enteignet in einem nicht vermeidbaren, erzwungenen Abhängigkeitsverhältnis. Die Beklagte hat mit einem verfassungswidrigen Verhalten (Enteignung ohne Entschädigung) die gebotene Verantwortung für das erzwungene Abhängigkeitsverhältnis verweigert.

Trotzdem hat das ahnungslose, wehrlose Opfer neue Wege gesucht:
Im Jahr 2005 hat der Kläger sorgfältig ausgearbeitete Projektschreiben für digitale Evolution an die Ministerpräsidenten der Bundesländer und zuständige Landesminister im Verteiler dieser Schriftsätze versandt:
Sieh Anlagen 3.5 im Beweis-Ordner 3
Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem
Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Sieh Anlagen 3.51 ff

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1

Neue Wege für Innovationswachstum entsprechend seiner Qualifikation hat das ahnungslose Opfer beschritten und ganz Deutschland hat zugeschaut:
Zum Beispiel der Schriftsatz vom 08.08.2005 an den Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch

Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf
Breitband-Internet:
Eine Herausforderung für die gesamte Landesregierung
Mit 6 Kapiteln beschrieben:
> 1. Innovationswachstum in Hessen braucht Unterstützung
> 2. ITK-Innovationen in Hessen: Quo vadis?
> 3. Breitband-Internet: Neue Chancen für Wirtschaftswachstum konsequent nutzen
> 4. EuroOnlineHessen: Initiative für richtungsweisende Projekte des Breitband-Internets
> 5. EuroOnlineHessen: Mit Preisauszeichnung die besten Breitband-Internet-Projekte in Hessen forcieren
> 6. EuroOnlineHessen: Herausragende Congressmesse für Anwendungsinnovationen der IuK-Technologien

Alle Anschreiben an die deutschen Ministerpräsidenten wurden tatsächlich beantwortet. Teilweise war Interesse vorhanden, aber offensichtlich gab es keine Fördermittel. Diese Aktivitäten blieben der verantwortlichen Bundesregierung nicht verborgen, wenn aus den Landesregierungen nach Fördermittel nachgefragt wurde.

Warum hat die beklagte Bundeskanzlerin bis heute jede Antwort verweigert? Sie hält seit 2006 alljährlich eine Gipfelrede auf dem rechtswidrig enteigneten nationalen IT-Gipfel des Opfers. Das ist zu verabscheuende Diskriminierung im Zusammenhang mit heimtückischer Ausführung politisch motivierter Zerschlagung.
Eine Beantwortung aller Schreiben seit der Bundestagswahl 2005 wird verweigert, nicht einmal der Empfang bestätigt:
Die Enteignung sollte endgültig sein. Das ahnungslose Opfer war wehrlos, wehrlos gegen Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, wehrlos gegen die politisch motivierte Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, die von der Beklagten heimtückisch, ohne Wissen des Opfers, geplant und beschlossen wurde.

Sieh Anlagen in Beweis-Ordner 3:
Zum Beispiel in Anlage 3.61:
Schreiben an designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Verteiler des Schreibens:
> Herr Wolfgang Tiefensee,
designierter Bundesminister für Verkehr und Aufbau Ost
> Herr Prof.Dr. Wolfgang Böhmer,
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt
> Herr Volker Kauder,
Generalsekretär der CDU Deutschlands
> Herr Karl-Josef Wasserhövel,
Bundesgeschäftsführer der SPD

Anlagen zum Schreiben
Neue Aufgaben für Aufbau Ost
Breitband-Internet: Eine Herausforderung für den Aufbau Ost:

1. Innovations- und Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland braucht andere Unterstützung
2. ITK-Innovationen im Osten:
Quo vadis?
3. Breitband-Internet:
Neue Chancen für Wirtschaftswachstum konsequent nutzen
4. EuroOnlineOst:
Initiative für richtungsweisende Projekte des Breitband-Internets
5. EuroOnlineOst:
Mit Preisauszeichnung die besten Breitband-Internet-Projekte in Ostdeutschland forcieren
6. EuroOnlineOst:
Herausragende Congressmesse für Anwendungsinnovationen der IuK-Technologien

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Weitere Versuche wurden von der Beklagten eiskalt und gnadenlos, unterdrückt und blockiert:

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

Anlagen 3.7: Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche und der Degeneration digitaler Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 - Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 - Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

Alle weiteren Anschreiben an weitere Mitglieder der Bundesregierung, an Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler wurden von der Beklagten unterdrückt und blockiert:
Sieh Anlagen im Beweis-Ordner 3 und 4.

Der Deutsche Bundestag hat mit Koalitionsmehrheit der Bundesregierung politisches Gehör verweigert. Seine Petition wurde als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
Sieh Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)
Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Die Informationen an den Petitionsausschuss wurden von der Beklagten missbraucht, um weisungsgebundene, skupellose Staatsanwaltschaft auf das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen anzusetzen. Heute beklagt das Opfer in parallelen Verfahren derselben Kausalität den **Massivern Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte,** unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft (2 ARs 349/15, 2 AR 238/15 Bundesgerichtshof, III-3 Ws 204/15 Oberlandesgericht Düsseldorf). Weisungsgeberin ist die Beklagte, die keinen einzigen Brief beantwortet hat und für den Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte verantwortlich ist.
Sieh psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Das Opfer beklagt nicht nur die Versagung rechtlichen Gehörs,
sondern es klagt auch darüber, dass es seit 2010 keinen Zugang zum Grundgesetz mehr hat. Die Hoffnung stirbt zuletzt: Sieh aktuelle Verfassungsbeschwerden in Anlage BVG-01 und BVG-02.

Alle Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind über die politisch motivierten Zerschlagungen ausführlich informiert. Die zugehörigen Aktivitäten der Zerschlagung haben schon vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ihren Anfang genommen:
z.B. Zerschlagung 3: Mitverantwortung und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu politisch motivierten und heimtückisch ausgeführten Zerschlagung des klagenden Opfers. Nicht nur die angeschriebenen Mitglieder der Bundesregierung, sondern auch die angeschribebenen Intendanten und ARD-Vorsitzenden haben jegliches Gehör verweigert. Sieh weitere vorgelgte Dokumente in Anlage 3.74, 3.75, 3.94, 3.96, 3.97 u.a.:
.
Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 - Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 - Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

Anlagen 3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 - Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 - Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum: Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -

IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft,
FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

Anlagen 3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1 (Sieh oben)

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 **zurückgetreten**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck
vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck
vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck
vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

So hat politisch motivierte Zerschlagung stattgefunden.
Das Opfer hatte nicht den Hauch einer Chance und musste
alle und ansehnliche Altersrücklagen auflösen,
musste sein Geschäftshaus verkaufen, nur um die Banken-Gläubiger abzufinden. Im Jahr 2010 war alles aufgelöst.
Die deutsche Bundesregierung wollte die völlige Zerschlagung des Betroffenen, um den nationalen IT-Gipfel des Betroffenen in Eigenregie weiterführen zu können,
hat die wirtschaftlichen Zerschlagung mit der sozialen Zerschlagung, psychischen Zerschlagung und juristischen Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe fortgesetzt. .
Sieh Anlage DOK-04-5:
Politisch motivierte Zerschlagungen durch Vernichtung der Existenz-Grundlage sind inzwischen zur
politisch motivierten Sippenzerschlagung eskaliert:
Zerschlagung 1,
Zerschlagung 2,
Zerschlagung 3,
Zerschlagung 4,
Zerschlagung 5.

Rehabilisierungsdesaster einer politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit Haupttäter und Mittäter,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte und
gegen das Recht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK),
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit;
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör,
ohne Zugang zum Grundgesetz seit 2010
und alle Staatsorgane schauen zu.

Heute ist das Opfer auf ein Pfändungsschutzkonto angewiesen,
um sich vor dem Zugriff mit Missbrauch von Staatsgewalt zu schützen.
Pfändungsschutzbetrag (1073,88 €). Aus dem Pfändungsschutzbetrag muss ein Bankkredit (100 €) und ein Hypothekenkredit (334,38 €),
also zusammen 434,38 € auch noch abgezogen werden.

Erhöhte Bürokosten in Anbetracht von mehreren Prozessen wegen extremistischer Ausuferung von staatlicher Übergriffen, von politisch motivierten Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit einer jahrelangen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod seines Bruders sind Tatsache.
Das Congressmesse-Archiv mit über 1000 ISBN-nummerierten Congressbänden, mit Programmbroschüren, Messekatalogen, Planungsunterlagen verursacht zusätzliche Bürokosten.

Zu 72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundersregierung Schröder I: „Dotcom-Blase"), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

Bereits im Vorfeld der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mußte der Kläger heimtückisch ausgeführte, staatliche Übergriffe hinnehmen:

Der Gründer und verantwortliche Planer der Europäischen Congressmessen hat nicht nur das **weltweit größte Congressangebot für digitale Evolution** erarbeitet und entwickelt, in Zusammenarbeit mit hochqualifizierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft,
er hat sich auch mit hohem Aufwand um europäische Mitwirkung gekümmert. So hat er bis in die 90er Jahre das komplette Programm mit dem **weltweit größten Congressangebot ohne Subventionen** zweisprachig (deutsch und englisch mit großen Anstrenungen für eine umfangreiche Übersetzung und hohen Kosten für Simultanübersetzung) durchgeführt.

Nach der politischen Wende hat er mit großen Anstrengungen die neuen Bundesländer integriert und hat sich auch um die osteuropäischen Staaten bemüht. So ist es ihm gelungen, in Abstimmung mit dem
Ersten Bürgermeister (und Senat) der Freien und Hansestadt Hamburg und Präsidenten des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Emil Ehrenberger, den Minister für Post- und Fernmedewesen der Tschechoslowakei, als Sprecher für die Plenarveranstaltung der ONLINE 1992 in Hamburg zu gewinnen. Die damalige Prager Regierung machte es zur Bedingung, dass eine Abstimmung in Prag stattfinden mußte. Die Kosten der erforderlichen Geschäftsreise wurde bei einer späteren Betriebsprüfung nicht als Betriebsausgaben anerkannt, sondern waren als Kosten einer Urlaubsreise zu versteuern. Sinngemäß der damalige Betriebsprüfer: „Wenn sie das Ergebnis nicht akzeptieren, garantiere ich Ihnen jahrelange Verfahren vor dem Finanzgericht."
Für weisungsgebundene Staatsanwaltschaften ist es eine Leichtigkeit, Finanzbeamte zu Betriebsprüfungen zu motivieren.

Ohne Übertragungsrechte mit Missbrauch des Presserechtes: Live-Übertragung durch PHOENIX (Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) von der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers. Der Kläger hatte zu diesem Zeitpunkt keine Zweifel, dass vom Öffentlich-rechtlichen Rundfunk das Presserecht beachtet wird. Jetzt ist es offensichtlich, dass eine Abstimmung mit der beklagten Bundesregierung

vorgelegen hat, um unter dem Deckmantel des Presserechtes professionelle Informationsdienste des Opfers für die gigantische Umverteilungsoperation und zum eigenen Vorteil zu missbrauchen.

Mit Live-Übertragung professionelle Informationsdienste des Opfers für gigantische Umverteilungsoperation mit dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 rechtswidrig vorbereitet und ausgenutzt:
Schadensabschätzung mindestens über 100.000 DM
Das Opfer musste seine „Henker“, das steuer- und gebührenfinanzierte Establishment im Rundfunkwesen, umsonst mit hochqualifizierten Informationen unter dem Deckmantel des Pressearbeit versorgen, sozusagen „sein eigenes Grab schaufeln“.

Offensichtliche Erklärungsnot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu Mittäterschaft und Mitwisserschaft:
Bis heute keine Beantwortung zahlloser Schreiben des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen an Intendanten und ARD-Vorsitzenden
Aufforderung an den beklagten WDR zur längst fälligen Stellungnahme

Sieh Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmassnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung vor der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf
wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe
rechtshängig mit Antrag auf Berufungsverfahren
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

Nach Verfassungsbeschwerde vom 18.08.2016
wegen Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs.1 GG (**AR 5737/16 rechtshängig)**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf

und Antrag vom 30.Okt. 2016 auf Zulassung der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf

Alle Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind über die politisch motivierten Zerschlagungen ausführlich informiert. Die zugehörigen Aktivitäten der Zerschlagung haben schon vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ihren Anfang genommen:
z.B. Zerschlagung 3: Mitverantwortung und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu politisch motivierten und heimtückisch ausgeführten Zerschlagungen des klagenden Opfers. Nicht nur die angeschriebenen Mitglieder der Bundesregierung, sondern auch die angeschribebenen Intendanten und ARD-Vorsitzenden haben jegliches Gehör verweigert. Sieh weitere vorgelgte Dokumente in Anlage 3.74, 3.75, 3.94, 3.96, 3.97 u.a.:

Trotz dieser schädigenden Aktivitäten des ÖRR konnten die Europäischen Congressmessen ihre gößten Erfolge mit der New Economy (Hauptkunden der Europäischen Congressmessen) in den Jahren 1999, 2000 und Anfang 2001 erringen (ähnlich wie die CeBIT):
Im Jahr 1999 war die feindliche Übernahme der Mannesmann-Röhrenwerke durch Vodafone Airtouch in vollem Gange.

Nach einer monatelangen Übernahmeschlacht stimmte der Aufsichtsrat von Mannesmann am 4.Februar 2000 dem Aufkauf für 190 Milliarden EUR zu, der bis heute teuersten Übernahme der Welt. Am 1.Feb. 2000 hat **Chris Gent,** Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury / United Kingdom, auf der ONLINE 2000 im Düsseldorfer CCD auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 vorgetragen:

Vodafone's Offer for Mannesmann Creating Europe's Global Telecom Leader.
Sieh Anlage DOK-03-8
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Der spektakuläre Merger fand unmittelbar nach der ONLINE 2000 statt.
Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, hat in diesem Zusammenhang seine schriftlich zugesagte Rede im Plenum der ONLINE 2000 am 1.Feb. 2000 abgesagt und war auch nicht bereit, einen Staatssekretär als Vertreter zu entsenden.
Die Umstände der Übernahme und die für deutsche Verhältnisse hohen Abfindungen an führende Köpfe des Unternehmens führten 2004 zur Eröffnung eines strafrechtlichen Verfahrens vor dem Landgericht Düsseldorf (sog. „Mannesmann-Prozess“). Die Angeklagten, darunter der zum Zeitpunkt der Übernahme amtierende Vorsitzende des Aufsichtsrats Josef Ackermann und der Vorstandsvorsitzende Klaus Esser, wurden am 22.Juli 2004 vom Landgericht am Ende gegen Zahlung einer Geldauflage in Millionenhöhe freigesprochen.

Unmittelbar danach im August 2000 fand die staatliche UMTS-Auktion 2000 statt, der Auftakt zur endgültigen Zerschlagung des Opfers, des Gründers und verantwortlichen Planers der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH.
Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH waren der beklagten Bundesregierung und v.a. den betroffenen Ministerialbeamten stets ein Dorn im Auge.

Mit Sicherheit sind weitere staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu beklagen, aber wegen der heimtückischen Durchführung schwierig zu belegen.

Politisch motivierte Zerschlagungen sind Frontalangriffe auf Grundrechte des Opfers

Zu 73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

Im Schreiben des Berichterstatters vom 03.März 2017 (eingegangen am 10.März 2017) ist zu lesen:
Einzelrichter-Entscheidung des Berichtersatters ohne die Notwendigkeit einer mündlichen Verhandlung. Offensichtlich mit Rücksicht auf politisch erzwungene Altersarmut wird eine kostensparende Einzelrichter-Entscheidung und eine Einsparung von Reisekosten durch Verzicht auf eine mündliche Verhandlung als angemessen betrachtet.
Diese Einstellung des verantwortlichen Richters, Kosteneinsparung auf Kosten der Rechtsfindung zum nicht mehr zu beschreibenden Nachteil des Opfers politisch motiveirter Zerschlagungen, ist unerträglich.
In Anbetracht der in diesem Schriftsatz vorgetragenen Ausführungen mit Situationsanalyse im März 2017 ist dtiefste Besorgnis der Befangenheit beim Berichterstatter ohne jeden Zweifel angebracht, sodass ein Ablehnungsgesuch unverzichtbar ist. Der gesamte Vortrag dieses Schriftsatzes läßt keinen Zweifel aufkommen an der unüberwindbaren Befangenheit dieses Richters

Die Überzeugung des Einzelrichters, in einem derartigen Rehabilitierungsdesaster aus
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit bisheriger ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatshaftung und Schadenersatz, mit massivem Verstößen gegen internationale Menschenrechte, mit extremistischer Ausuferung staatliche Übergriffe,
Recht sprechen zu können, ist derart absolut konträr zur Sach- und Beweislage, dass ein Justiz-Skandal **nur** ohne diesen Berichterstatter als vermeidbar erscheint

Die staatlich erzwungene Altersarmut infolge der politisch motivierten Zerschlagung 1 mit kausalem Zusammenhang zu den Zerschlagungen 2, 3, 4 und 5 ist mit Sicherheit **nicht entscheidungsrelevant**
für kostensparende Einzelrichter-Entscheidung und
für Reisekosten und Raumkosten sparenden Verzicht auf mündliche Verhandlung anzusehen.

Der hoffnungslos befangene Richter ist der Überzeugung, als Einzelrichter ohne mündliche Verhandlung einen gerechten Gerichtsbescheid erstellen zu können. Die tiefe Besorgnis des Opfers einer ungerechten Richterentscheidung wegen Befangenheit ist so groß, dass ein **Ablehnungsgesuch alternativlos ist.**

In diesem Zusammenhang weist das Opfer auf die laufenden Verfassungsbeschwerden beim Ersten und Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts hin (Anlage BVG-01 und BVG-02).

Daüber hinaus ist die juristische Klärung von Schadenersatz durch Staatshaftung abzuwarten, weil hieraus auch die Argumente für die Rehabilitierung abzuleiten sind und damit das Opfer seine Reisekosten auch selbst bezahlen kann.
Daüber hinaus gibt es für Opfer extremistischer Übergriffe Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz.
Sieh Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten durch das Bundesamt für Justiz
https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Opferhilfe/Opferhilfe_node.html

Das Opfer extremistischer Übergriffe hat mit Schriftsatz vom 02.Dez.2016 Härteleistungen beim Bundesamt für Justiz beantragt: Sieh Anlage DOK-05.
Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz: „Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren", so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts.
Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.
Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Der Unterzeichner stellt mit voller Berechtigung erneut
Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe.
Diese freiwillig übernommene Leistung ist als Akt der Solidarität des deutschen Staates, seiner Bürgerinnen und Bürger mit den Betroffenen zu verstehen, indem bisher alle rechtlichen Bemühungen seit 2010 mit Versagung von rechtlichem Gehör abgewimmelt werden. Zugleich soll mit ihr ein deutliches Zeichen für die Ächtung derartiger Übergriffe gesetzt werden.

Diese Härteleistung wäre ein erster Schritt zur Rehabilitierung. Demgemäß beantragt das Opfer Terminverschiebung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung. Rehabilitierung ist unverzichtbarer Teil der Staatshaftung.

Velbert, 28. März 2017

Albin L. Ockl

Anlagen

Anlagen in diesem Schriftsatz:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anläßlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen zur Verfügung gestellt:

Anlage 0.01: Schriftsatz vom 10.01.2014 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf, 5 K 4864/13 mit Verzögerungsrüge und Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995

Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 - Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 - Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 - Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum: Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &
Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarar staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigenfinanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangiffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundersregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstattaers RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > Sieh oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

in Kopie an
Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27.Kammer, 27 K 5854/13,
Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf, Fax 0211-8891-4000
Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer, 2 O 70/15, 2 O 163/16,
Eiland 1, 42103 Wuppertal, Fax 0202-498-3505

Velbert, 10.Aug. 2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Stellungnahme
zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

Begründung mit fortlaufender Kapitelnummerierung:

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

Zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Zu 74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Der Unterzeichner ist das wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

> unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (**Zerschlagung 1**) und

> unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (**Zerschlagung 2** mit Ausnutzung der Zerschlagung 1) und

> unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks **(Zerschlagung 3)**

> unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) **(Zerschlagung 4)**

> wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
(psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)

> wegen Versagung (bis heute) von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Betroffener **(Zerschlagung 6)**

Zerschlagung 1:
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz mit Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Zerschlagung 2: mit kausalem Zusammenhang zu Zerschlagung 1
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und
Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Zerschlagung 3: unter Verantwortung
Öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf

Zerschlagung 4: unter Verantwortung
sozialer Pflichtversicherungen, Verweigerung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Zerschlagung 5:
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung am Verwaltungsgericht Berlin
Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz / Stand Juli 2017**:**
Missbrauch von hoheitlichem Handel für
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte: Geschädigter ist das wehrlose Opfer, nicht der Täter, ohne Verantwortung für juristisches Desaster deutscher Justiz wegen nicht mehr vorstellbarer Vorgänge

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein
Frontalangriff auf das Grundgesetz: „Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Zu 75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

Die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin hat mit Beschluss vom 21.Juli 2017 (Anlage VGB17-01) in der seit 2011 vorliegenden Verwaltungsstreitsache festgestellt: „Der Verwaltungsrechtsweg ist zulässig."
Wofür? Für Zerschlagung 1 - 6? Für Rehabilitierung und / oder Schadenersatz? Die Verwaltungsstreitsache ist nicht beschrieben.

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat mit Schriftsatz vom 11.März 2011 (vor über 6 Jahren) Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Köln erhoben und mit Schreiben vom 19.März 2011 die Übertragung an das Verwaltungsgericht Berlin beantragt. Nachlesbar in der Internet Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf

Seit 2011, seit über 6 Jahren, ist das Opfer gezwungen, die ganze Wahrheit scheibchenweise zu erarbeiten. Seit 2011 wird ihm rechtliches Gehör zu einer längst erdrückenden Beweislage in unerträglichem Ausmaß versagt:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Dieses Beweismaterial wurde vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (VG 27 K 308.14)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16)

Mit Schriftsatz vom 15.06.2014 wurde vom Kläger vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf erneut Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung mit der Wirkung extremistischer Ausuferung **politisch motivierter Zerschlagungen**) eingereicht.
Die wiederholte Klageerhebung wurde an das Verwaltungsgericht Berlin wegen **Rechtshängigkeit seit März 2011** verwiesen.
Mit Beschluss vom 08.12.2014 wurde das Schadenersatzverfahren von der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin abgetrennt und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Der Kläger musste gegen den Beschluss Einspruch einlegen, weil schon im Rubrum des Beschlusses sowie im Tenor durch rechtswidrige Unterdrückung der Berufsbezeichnung des Klägers, durch Unterdrückung der beklagten Bundesregierung, durch missverständliche und falsche Beschreibung der Klage eine unerträgliche Fortsetzung der staatlichen Diskriminierung zurückgewiesen werden musste:

mit Schriftsatz vom 31.10.2014 (Fortsetzung 1 Seite 43)
mit Schriftsatz vom 12.11.2014 (Fortsetzung 2 Seite 70)
mit Schriftsatz vom 08.12.2014 (Fortsetzung 3 Seite 98)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Entsprechende Ausführungen in der Begründung des Beschlusses der 27:Kammer vom 21.07.2017 sind **ergänzungsbedürftig bzw. zu beachten**.

Da das Opfer weder vom Verwaltungsgericht noch vom Landgericht weitere Nachrichten erhalten hat, hat es mit **Schriftsatz vom 30.03.2015** an das Landgericht Wuppertal erneut Klage auf Schadenersatz erhoben:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Das Opfer hat wegen Versagung von rechtlichem Gehör im zivilrechtlichen Schadenersatzverfahren mehrfach mit Verfassungsbeschwerden das Bundesverfassungsgericht angerufen: Sieh oben Zerschlagung 1.

Wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu kapitalen Vermögensschäden entstanden seit 2011 ständig neue Probleme, neue Gerichtsverfahren, neue Zerschlagungen. Heute steht fest, „die Spatzen pfeifen es längst von den Dächern“, es ist längst ein offenes Geheimnis, prominente Zeugenaussagen sind möglich:
Die staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen ist nur der Deckmantel für eine gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Das klagende Opfer hat zu keinem Zeitpunkt bestritten, dass die Erteilung der UMTS-Frequenzen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 rechtswidrig gewesen sei. Rechtswidrig war die Ausführung mit einem Monster-Markteingriff, mit dem weltweit größten (und dadurch vernichtenden) Auktionsbetrag aller Zeiten.

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden:
Die Täter waren Ministerialbeamte im Bundeskanzleramt und im Bundeswirtschaftsministerium. Dies ist mit Zeugenaussagen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nachweisbar:
Sieh Beweise in Beweisordner 3, **Anlage 3.31:** Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004 (Frau Dr. Erhardt, Frau Beyer-Kutzner) .
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, wie in der Begründung des Beschlusses der 27:Kammer vom 21.07.2017 behauptet, es war eine Politik massiven Unrechts**,** politisches Total-Versagen. Insbesondere die ITK-Branche in Deutschland und Europa, an deren Aufbau die Europäischen Congressmessen ONLINE/KOMMTECH des klagenden Opfers maßgeblichen Anteil haben, hatte darunter zu leiden: .

1996 Breitband-Internet-Anschluss für alle Datenbank-basierten Arbeitsplätze des Congressmesse-Veranstalters (Kläger) und erste Internet-Präsentation des kompletten Congressmesse-Programms **der ONLINE 97**
> > > www.euro-online.de

1998 Deutsche Politik wird von der Internet-Entwicklung und von der Entwicklung der New Economy überrascht. Google-Suchmaschine geht online. 2014 ist Google weltweit wertvollstes Marken-Unternehmen.

2000 Deutsche Politik wird erneut überrascht, von der UMTS-Entwicklung. Mit dem Übergang auf UMTS, die 3.Mobilfunk-Generation (3G), wird die mobile Kommunikation auf das Internet-Protokoll (IP) umgestellt. Das gemeinsame IP-Protokoll eröffnet ein neue Dimension für die Leistungsfähigkeit des mobilen Internet. Die UMTS-Auktion 2000 verstößt in mehrfacher Weise massiv gegen das TKG, behindert Regulierungsziele (TKG §2 Abs.2 Pkt.5) und verstößt gegen Verbraucherinteressen (TKG §2 Abs.2 Pkt.1), indem es den Innovationsmarkt zerstört hat, der die Nutzung einer neuen Dimension des Internet möglichst schnell umsetzen sollte.

2000 New Economy in Deutschland hat das Potenzial, ihre Weltspitzenstellung mit hohem Innovations- und Wirtschaftswachstum aus der Internet- und der GSM-Einführung auf die UMTS-Einführung zu übertragen. Anfang 2000 ist der Beginn einer Rezessionsphase der ITK-Branche nach einer beispiellosen Boom-Phase deutlich erkennbar. Mit dem mobilen Internet auf Basis von UMTS soll die Internetwirtschaft mit einer neuen Dimension neuen Schwung erhalten. Leider: Vernichtende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Unternehmens-Genozid der New Economy, UMTS wird erst ab 2011 Bedeutung erlangen (Beweis-Ordner 3 Anlage 3.04: **Telekom-Chef Timotheus Höttges** zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014)

2002 Telekom mit deutschem Verlustrekord von 24,6 Mrd € Verlust(zum Vergleich: Eon (2016) 16,0 Mrd € Verlust, Deutsche Bank (2015) 6,8 Mrd € Verlust)
„Die Schnellen fressen die Langsamen“:
Im Jahr 2000 war Deutschland Digital Global Player, auf Augenhöhe mit Japan und Südkorea, den USA in der Telekommunikation sogar überlegen, China war Entwicklungsland. Schon im Jahr 2010 ist Deutschland digitale Kolonie von USA und Fernost, chinesische Entwicklungshelfer sind schon in Deutschland tätig, bevor UMTS praktische Bedeutung erreichen konnte.
Die politisch motivierten Zerschlagungen des klagenden Opfers mit professionellem Know-how für digitale Evolution sind nicht mehr nachvollziehbar.

2003 Europäische Congressmesse ONLINE findet aufgrund hoher Verluste zum letzten Mal statt: Ein professionell arbeitendes Messeteam, das über 25 Jahre Pionierleistungen für die deutsche ITK-Branche erbracht hat und mit einer Weltspitzenleistung der Europäischen Congressmessen für hervorragendes Innovationswachstum und Innovationseffizienz gesorgt hat, muss im Dezember 2003 vom klagenden Opfer aufgelöst werden. **Das war Zielsetzung** der staatlichenUmverteilungspolitik.

2005 Vorzeige-Technologiekonzern SIEMENS muss seine IT- und TK-Geschäfte, ehemals Kern-Kompetenzen, völlig einstellen. BENQ, Käufer der Handy-Sparte, hat vom Verkäufer Siemens zusätzlich 350 Mio EUR als Dank für den 1-EUR-Aufkauf der Handy-Sparte erhalten. Das ist jedoch nicht einmal die halbe Wahrheit. Siemens beziffert im Konzernabschluss 2005 den Verlust aus dem Verkauf auf 546 Mio EUR. Hinzu kommen die noch wesentlich höheren Verluste aus dem gesamten Geschäftsbereich / Zentralbereich COM, den es inzwischen nicht mehr gibt. Siehe dazu "Globale Auswirkungen eines nicht funktionierenden Heimatmarktes" und "Niedergang in Deutschland anhand von Beispielen aus unserer Branche" im Schreiben des Klägers an die Bundeskanzlerin, nachlesbar in Anlage 3.81
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

2009 Verlustausgleich in Höhe von einer Viertel Mrd € (250 Mio) erhält die Deutsche Messe AG (Veranstalter der ITK-Messe CeBIT) von den staatlichen Anteilseignern. Trotzdem verliert die CeBIT weiter Aussteller und Besucher. CeBIT 2014 verliert im Vergleich zu 2013 wieder rund 70 Aussteller und 70.000 Besucher. Aufgrund der jährlichen Schrumpfung seit 2001 bestehen konkrete Überlegungen, die CeBIT wieder in die Hannover Messe zu integrieren, weil viele Aussteller der CeBIT auch auf der unmittelbar anschließenden Hannover Messe vertreten sind.

2011 Infineon, führender Halbleiter-Hersteller in Deutschland, verkauft sein komplettes Mobilfunkgeschäft an Intel Corporation (USA)

2014 (April) Nokia, ehemals weltweit größter Handy-Hersteller mit deutschem Heimatmarkt, übergibt das Mobilfunkgeschäft an Microsoft Mobile.
Deutschland und Europa sind nur noch Zuschauer für Innovationswachstum in Fernost und USA.

2017: Deutschland ist europäisches Digitalisierungs-Schlusslicht. Digitales Innovationswachstum ist nach USA und Fernost verschoben.
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es waren unverantwortliche Exzesse von politischem Versagen
Die Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden.

Beklagt wird die gigantische Umverteilungspolitik eines sich selbst so genannten „Autokanzlers“, verantwortlich für den Crash einer gigantischen Umverteilungsoperation zugunsten einer Branche, die mit dem Diesel-Abgasdesaster die ganze Welt getäuscht, betrogen und belogen hat (2017):
Von verheerenden Folgewirkungen des Monster-Markteingriffs
mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und danach
mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu
politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge.

2017: Der Kläger hat die qualifizierte Vorarbeit zu einer Maischberger-Sendung mit dem Ziel der Unterstützung der Wahrheitsfindung übergeben:
Maischberger-Sendung über
politisch motivierte Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Leider hat der Kläger auf seine Schreiben an Frau Maischberger
vom 22.April 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
vom 30.April 2017 > > > Scroll down to page 15
vom 12.Juni 2017 > > > Scroll down to page 72
vom 28.Juni 2017 > > > Scroll down to page 78
vom 18.Juli 2017 > > > Scroll down to page 83
nur Empfangsbestätigungen erhalten, weil der beklagte Intendant bis heute keine Zustimmung zur Sendung gegeben hat. Diese Wahrheit hat beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen schweren Stand. Mit Zuschauen wird aber gar nichts gut.

Die Justiz eines Rechtsstaates sollte keine Scheu haben vor dem Licht der Öffentlichkeit, insbesondere deswegen, weil eine seriöse Diskussionsrunde vom Kläger vorgeschlagen wurde und hochqualifizierte Zeugen benannt wurden. Die Maischberger-Sendung ist eine Sendung des WDR.

Die 27.Kammer sollte eine
verständliche Erklärung geben zu einer obskuren Ausführung in der Begründung des Beschlusses vom 21. Juli 2017 geben: „Das Unterlassen der Beklagten, die genannten Bemühungen des Klägers zu unterstützen, ist **schlicht hoheitliches Handeln** gewesen, da dieses Handeln in einem öffentlich-rechtlichen Planungs- und Funktionszusammenhang, nämlich im Zusammenhang der von der Bundesregierung betriebenen Wirtschaftspolitik, insbesondere Wirtschaftsförderung, gestanden hat.“ Hoheitliches Handeln muss auch Verantwortung übernehmen (Staatshaftung).

Das Unterlassen der Beklagten ist verständlicher, wenn man beachtet, dass von der beklagten Bundeskanzlerin auf qualifizierte Projektvorschläge **nicht einmal eine Empfangsbestätigung** veranlasst wurde. Ist das „schlicht hoheitliches Handeln“? Öffentlich-rechtlicher Planungs- und Funktionszusammenhang soll das Handeln einer unsäglichen Umverteilungspolitik rechtfertigen?
Der Planungs- und Funktionszusammenhang einer unsäglichen **Umverteilungspolitik mit HARTZ IV und Agenda 2010** wäre gestört worden, wenn mit den Europäischen Congressmessen ONLINE eine Innovationsoffensive für digitale Evolution hätte durchgeführt werden können, indem diese nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit einer dringend benötigten Wirtschaftsförderung, einer angemessenen **Investitions**offensive aus dem weltweit größten Auktionsbetrag gefördert worden wäre. Wäre der Auktionsbetrag wie bei späteren Frequenzversteigerungen oder wie in europäischen Nachbarstaaten in erträglicher Größe gehalten worden, wäre überhaupt keine Wirtschaftsförderung erforderlich gewesen.
Aber die gewollte Umverteilung wäre nicht erreicht worden.

Das digitale Innovationswachstum musste leider auswandern nach USA und Fernost: Im Jahr 2000 war China digitales Entwicklungsland, im Jahr 2010 standen chinesische Entwicklungshelfer bereits in Düsseldorf am Rhein, um Vodafone-Netze schneller (UMTS-fähig) zu machen. Netzwerke und ihre Weiterentwicklung waren ein Kernthema der Europäischen Congressmessen ONLINE
Zugegeben: Deutsche Automobilunternehmen haben von dieser Umverteilungspolitik profitiert. **Politisch motivierte Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ist Faktenlage**. Das ist der einzige Grund, warum nicht einmal eine Empfangsbestätigung zu zahlreichen, qualifizierten Projektvorschlägen des Zerschlagungsopfers gegeben wurde.

Es wurde gründlich umverteilt, so gründlich, das für das Opfer nur noch politisch motivierte Zerschlagungen 1 bis 6 übrig geblieben sind. Seit 2011 wird von der Verwaltungsjustiz rechtliches Gehör für Rehabilitierung versagt.
Mit Beschluss vom 08.12.2014 wurde das Schadenersatzverfahren von der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin abgetrennt und an das Landgericht Wuppertal verwiesen und seitdem dort rechtliches Gehör versagt.

Zu 76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

Die rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ist längst nachgewiesen:
Mit der Durchführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde massiv gegen Regulierungsziele in §2 Abs.2 TKG verstoßen.

Betroffene Regulierungsziele (Faktenlage 2014) sind:

> die Entwicklung des Binnenmarktes der Europäischen Union zu fördern (§2 Abs.2 (3) TKG):
Der europäische Telekommunikationsmarkt, insbesondere der deutsche Telekommunikationsmarkt im Jahr 2000 war Spitze im globalen Vergleich. Der europäische Telekommunikationsmarkt ist weit zurückgefallen und fällt weiter zurück, der deutsche Telekommunikationsmarkt ist unter das Mittelmaß im europäischen Vergleich zurückgefallen. Die Europäischen Congressmessen wären hervorragend geeignet gewesen, dies zu verhindern.

> die Sicherstellung einer flächendeckenden, gleichartigen Grundversorgung in städtischen und ländlichen Räumen mit Telekommunikationsdiensten (Universaldienstleistungen) zu erschwinglichen Preisen (§2 Abs.2 (4) TKG):
In ländlichen Räumen Deutschlands gibt es nach wie vor große Lücken in der UMTS-Versorgung. Der 50 Mbit/s-Festnetzanschluss ist selbst in deutschen Weltstädten wie Hamburg z.T. noch utopisch

> die Beschleunigung des Ausbaus von hochleistungsfähigen öffentlichen Telekommunikationsnetzen der nächsten Generation (§2 Abs.2 (5) TKG):
Der Ausbau der UMTS-Generation (3. Generation) wurde in einem derart unerträglichem Maße verlangsamt, dass es erst 11 Jahre nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 so weit war, „um UMTS richtig an den Start zu bringen“.
Siehe Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014
Anstatt Beschleunigung muss Verzögerung hingenommen werden. In anderen Länder werden 4. und 5. Mobilfunkgenerationen installiert.

> die Wahrung der öffentlichen Interessen der öffentlichen Sicherheit (§2 Abs.2 (9) TKG): Die Abwanderung des Innovationswachstums nach USA und Fernost betrifft auch Innovationen der Telekommunikationssicherheit. Die bekannte NSA-Überwachungsaffäre, die Abhörung der beklagten Bundeskanzlerin, die anfängliche Verweigerung des überforderten Generalbundesanwalts in der NSA-Überwachungsaffäre haben auch einen technischen Hintergrund, der dort gestaltet wird, wo die Innovationen entstehen: in USA und Fernost. Nur bei entsprechenden Kenntnissen des Innovationsmarktes ist dies verständlich.
Inzwischen geht es um den Aufbau einer Cyberarmee und um die Abwehr von Cyberattacken.

Staatliche UMTS-Auktion 2000 als Teil des öffentlich-rechtlichen Planungs- und Funktionszusammenhang:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt

Marktregulierung bezeichnet direkte staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsprozesse und die staatliche Beeinflussung des Verhaltens von Unternehmern und Konsumenten, um bestimmte, im allgemeinem Interesse bestehende Ziele (Regulierungsziele) zu verfolgen.

Wirtschaftsprozesse betreffen den Ablauf von Produktion und Konsum. Marktregulierung wird mit Marktversagen begründet. Tatsächlich wurden mit einer kontraproduktiven Regulierungsmaßnahme den Regulierungszielen und Regulierungsgrundsätzen gemäß TKG massiv entgegengewirkt.

Die Europäischen Congressmessen des Klägers waren ausschließlich auf den Innovationstransfer in die Produktion fokussiert (**Innovationsmarkt für Produktion von Netzwerkdiensten und Kommunikationsdiensten**) und hatten mit Konsumenten keine Berührung. Die Eliminierung der Congressmessen durch eine Verbrauchermarktregulierung ist mit dem TKG in keiner Weise zu rechtfertigen.
Beweis: Anlagen in Ordner 1 und 2.

Anbieter des Innovationsmarktes sind Forschung und Wissenschaften, Kapitalgeber, Unternehmensberater und innovationsorientierte Hardware/Software-Anbieter für die Produktion (Netze, Kommunikationsdienste). Führende Wissenschaftler in Deutschland hatten leitende Aufgaben und Leader-Funktionen in den Congressmessen des Klägers. Präsidenten der Regulierungsbehörde (Bundesagentur) referierten über Marktregulierung des Telekommunikationsmarktes.

Die staatliche UMTS-Auktion 2000 sollte Regulierungsrecht auf den Telekommunikations-Verbrauchermarkt (Mobilfunk, Internet u.a.) anwenden, hat aber aufgrund des hohen Auktionsbetrages (weltweit größter, daher vernichtender Auktionsbetrag) darüber hinaus den Innovationsmarkt völlig vernichtet.
Weil der Wiederaufbau trotz intensiver Bemühungen des Klägers nicht ermöglicht wurde, war eine Fortsetzung des Lebenswerkes nicht möglich und die damit verbundene Existenz-Grundlage des Klägers beseitigt. Der Kläger hatte nicht den Hauch einer Chance, weil sein Hauptkundenstamm, der innovationsorientierte Mittelstand (im Jahr 2000 auch als „New Economy“ bekannt), mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 eliminiert wurde (Unternehmens-Genozid der staatlichen UMTS-Auktion 2000).

Tatsächlich hat die verantwortliche Bundesregierung im Jahr 2000 eine Gesetzeslücke im Telekommunikationsgesetz über die Verwendung von Auktionsgeldern ausgenutzt, um ein 25%-Loch im Bundeshaushalt zu stopfen, allerdings ohne Erfolg und zum Schaden des deutschen Staates:
Siehe Kapitel 05 im Schriftsatz vom 15.06.2014 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf / Verwaltungsgericht Berlin. Das größte Milliardengrab aller Zeiten. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen: Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft

Schadenersatz ist die juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist die juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
So lautet Art.34 GG: „Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf **der ordentliche Rechtsweg** nicht ausgeschlossen werden."

Dementsprechend wurde mit den Beschlüssen VG 27 K 496.14 und VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 das Schadenersatzverfahren von der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin abgetrennt und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Die Beschlüsse sind rechtskräftig.
Gemäß § 122 Abs.1 VwGO können Schreibfehler, Rechenfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten von der 27.Kammer berichtigt werden. Andere Änderungen der Beschlüsse sind nicht möglich. Selbst Änderungsanträge des Klägers an das diskriminierende Rubrum wurden mit Beschluss der 27.Kammer vom 06.Januar 2015 zurückgewiesen, trotz Einsprüche und Anträge mit Schriftsatz vom 22.12.2014, trotz Verzögerungsrüge vom 02.01.2015:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Darüber hinaus ist die Versagung von rechtlichem Gehör zum Schadenersatz durch das Landgericht trotz erdrückender Beweislage **verfassungswidrig**.

Rehabilitierung ist die Wiederherstellung der verletzten Ehre einer Person, die Wiedereinsetzung in frühere Rechte. Ohne Schadenersatz? Wie soll das gehen? Zunächst wäre der Rehabilitierungsanspruch in vollem Umfang anzuerkennen. Eine angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes ist unverzichtbar.

Eine Bringschuld für die Rehabilitierung hat nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch der Öffentlich-rechtliche Rundfunk:
Sieh laufendes Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 89)

Zu 77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

Der 2. Congress im Jahr 1977 wurde als Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner durchgeführt zum Thema
Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme
2. Symposium der ONLINE-Seminare
(Symposiumsordner zu einer Vortragsreihe über 3 Tage):
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Datenschutz und Datensicherheit standen von Anfang an im Fokus der ONLINE-Seminare und der Europäischen Congressmessen. Sie haben die Einführung des **Bundesdatenschutzgesetzes** wirkungsvoll unterstützt.
Deutschland heute: **Größte Probleme der digitalen Sicherheit**, die in den Europäischen Congressmessen bis 2003 immer Themenschwerpunkt war.

Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, waren **der nationale IT-Gipfel bis zur staatlichen UMTS-Auktion 2000**.
Mit der Zerschlagung wurde ein
systemrelevantes Forum in Deutschland und Europa vernichtet.

Seit Anfang der 1980er Jahre wurde vom Unternehmen des Klägers mit Aufbau und ständiger Aktualisierung einer professionellen Datenbank Angebot und Nachfrage im Innovationsmarkt der ITK-Branche **vernetzt.** In 2000 war diese Datenbank die führende ITK-Anbieter-Datenbank in Deutschland, auf höchstem Organisationsniveau. Organisationsniveau und Organisationsstruktur dieser professionellen Datenbank sind längst nachgewiesen und auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Diese Datenbank war das Ergebnis ständiger Innovationsrecherchen, der Adressen-Verschlüsselung, Adressen-Klassifizierung und Adressen-Spezifizierung nach Innovationsschwerpunkten und zeitaufwendiger Aktualisierung.
Die Datenbank war die Basis für die Innovationseffizienz, weil mit ihrer Hilfe eine flächendeckende Anbieter-, Referenten- und Besucherwerbung für das weltweit größte Congressangebot für Innovationstransfer und Innovationswachstum umgesetzt wurde, in Deutschland, in Europa und weltweit.

Die Datenbank war das Produkt von über 25 Jahren Know-how für Innovationstransfer und Innovationseffizienz in der ITK-Branche und war jeder deutschen Messedatenbank überlegen, nicht nur der Messedatenbank der CeBIT. **Die Datenbank des Klägers verfügte über die Instrumente, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit den Congressmessen umzusetzen.**
Das Messeteam des Klägers arbeitete ganzjährig an der Aktualisierung dieser Datenbank im Rahmen der Messevorbereitung und der Messenachbearbeitung. Die Datenbank ist heute noch (Stand 2004) unter VMWARE **zu Beweiszwecken** vorführbar.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, der digitalen Evolution
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Datenbank-basierten Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Das ist das Lebenswerk des Klägers, er hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, **er kann nichts anderes.** Aber das professionell und mit Perfektion. Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congresse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**
32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und
abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den
"Nationalen IT-Gipfel" (heute unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Beweis durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Die Europäischen Congressmessen haben maximale Unterstützung gegeben (ausgewählte Beispiele):

> für die Einführung des Bundesdatenschutzgesetzes
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

> für die Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&l=4&p=811&f=1#5

> für die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

> für evolutionäre Projekte der Kabel- und Satellitenkommunikation in Europa
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_90.pdf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

> für die Liberalisierung der Telekommunikation mit Einführung des Telekommunikationsgesetzes
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

> für die digitale Evolution mit Einführung von BTX, Internet und Mobilfunk bis UMTS
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.
Der Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 völlig zerstört (Unternehmens-Genozid der New Economy). Mit dem Markteingriff einer gigantischen Umverteilungspolitik unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung trotz verheerender Folgewirkungen wurden
das Lebenswerk und die Altersrücklagen des Beschwerdeführers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage wurde vernichtet. Rechtliches Gehör für Schadenersatz und Rehabilitierung in Gerichtsverfahren seit 2011, trotz Petition an den Deutschen Bundestag in 2010, wird bis heute versagt. Diese verfassungswidrige Versagungsstrategie eines sog. Rechtsstaates ist eskaliert zu
politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Schadenersatz durch Staatshaftung ist überfällig.
Rehabilitierung nach Schadenersatz ist überfällig.
Rehabilitierung ohne Schadenersatz ist nicht möglich
Sofortige Härteleistungen sind beim Bundesamt für Justiz (BfJ) längst beantragt, Empfangsbestätigung trotz kurzfristiger Terminierung des Antrags wird vom BfJ bis heute versagt

Eine angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes ist für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar:

Eine angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem europäischen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

Würdigung und Anerkennung durch einen angemessenen Preis mit europäischem Format,
den internationalen Karlspreis zu Aachen mit der RWTH Aachen,
deren führende Wissenschaftler immer wieder in führender Stellung auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mitgewirkt haben, sind unterstützende Rehabilitierung. Der Rektor der RWTH Aachen ist Mitglied im Direktorium der Karlspreisgesellschaft. Die Auswahl des Preisträgers wird vom Direktorium getroffen.

Die Zeremonie der Preisverleihung wird live im WDR-Fernsehen übertragen. Der Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat einen **qualifizierten Rehabilitierungsanspruch gegenüber dem WDR** (Öffentlich-rechtlicher Rundfunk).

2017: Der Kläger hat die qualifizierte Vorarbeit zu einer Maischberger-Sendung mit dem Ziel der Unterstützung der Wahrheitsfindung übergeben:
Maischberger-Sendung über
politisch motivierte Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf

Leider hat der Kläger auf seine Schreiben an Frau Maischberger vom 22.April 2017
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
vom 30.April 2017 > > > Scroll down to page 15
vom 12.Juni 2017 > > > Scroll down to page 72
vom 28.Juni 2017 > > > Scroll down to page 78
vom 18.Juli 2017 > > > Scroll down to page 83
nur Empfangsbestätigungen erhalten, weil der beklagte Intendant bis heute keine Zustimmung zur Sendung gegeben hat. Diese Wahrheit hat beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen schweren Stand. Mit Zuschauen wird aber gar nichts gut.

Die Justiz eines Rechtsstaates sollte keine Scheu haben vor dem Licht der Öffentlichkeit, insbesondere deswegen, weil eine seriöse Diskussionsrunde vom Kläger vorgeschlagen wurde und hochqualifizierte Zeugen benannt wurden. Die Maischberger-Sendung ist eine **Sendung des WDR.**

Staatshaftung braucht eine juristische, vertrauenswürdige Grundlage, auf die sich Opfer politisch motivierter Zerschlagungen verlassen können und mit einer angemessenen Würdigung unterstützt werden.

Das Opfer hat den Crash einer gigantischen Umverteilungspolitik in vorderster Front erleben und erleiden müssen. Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und auf ewig ausgegrenzt.
Er hat den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute abgestraft mit Versagung von rechtlichem Gehör.

Dies ist ein massiver Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK Art.6.
Ein Weiter-so kann es nicht geben.

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution, herausragend durch überlegene Leistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sind das zerstörte Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen in und für Deutschland und Europa.

Angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz durch Staatshaftung sind längst überfällig.

Dieses herausragende Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen in und für Deutschland und Europa wurde **wissentlich zerstört mit einer gigantischen Umverteilungspolitik** unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, seit 1998 geplant, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt und mit totaler Diskriminierung zerschlagen.

Rehabilitierung als Wiederherstellung der verletzten Ehre einer Person hat besondere Bedeutung, weil sie trotz herausragender Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach der rechtswidrigen Ausführung eines Verwaltungsaktes (Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000) nicht nur kapitale Vermögensschäden mit unerträglichen Auswirkungen auf den beruflichen und den privaten Lebensbereich hinnehmen musste,
wie z.B. unsägliche Vorgänge der
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3,
wie z.B. die Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 **(Zerschlagung 4),**
wie z.B. Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften **(Zerschlagung 5).**

u.v.a.m.

Der mit dem herausragenden Lebenswerk begründete und zustehende gute Ruf des Opfers ist in einer unsäglichen Weise ramponiert, wegen politisch motivierter Zerschlagungen unter Verantwortung aller Staatsorgane, die alle informiert sind. Ein angemessener Rehabilitierungsanspruch ist endlich auch verwaltungsgerichtlich anzuerkennen.
Die angemessene Würdigung sollte anspornen, mit weiteren Planungen zu digitalem Innovationswachstum und Digitalisierungsoffensiven in Deutschland und Europa beizutragen.

Eine Härteleistung gemäß Schriftsatz vom 28. März 2017 wäre ein erster Schritt zur Rehabilitierung gewesen. Leider Fehlanzeige. Ein Antrag des Opfers zur Terminverschiebung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung. Leider Fehlanzeige. Rehabilitierung ist unverzichtbarer Teil der Staatshaftung. Dementsprechend stellt das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

Velbert, 10. August 2017

Albin L. Ockl

Anlagen in diesem Schriftsatz
Anlage VGB17-01
Beschluss VG 27 K 308.14 der 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum: Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.> > > > > > Sieh oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 28.Aug. 2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Fortsetzung der Stellungnahme
zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017)
nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens
und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

Fortsetzung der Stellungnahme mit fortlaufender Kapitelnummerierung:

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Zu 78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge(Unterzeichner) hat die **Stellungnahme vom 10.Aug.2017** zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 auch an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal sowie an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zugesandt.
Das Landgericht Wuppertal ist zuständig für
> Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 gegen die beklagte Bundesrepublik Deutschland (Zerschlagung 1) sowie
> Schadenersatzverfahren 2 O 163/16 gegen den beklagten Freistaat Bayern (Zerschlagung 2)
Das Verwaltungsgericht Düsseldorf ist zuständig für
> Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Zerschlagung 3, Beteiligung an den Zerschlagungen mit einem Schaden von mind. 100.000 EUR).
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3: Sieh Kapitel 74 in der
Stellungnahme vom 10.Aug.2017 mit folgenden Kapiteln:

Kapitel 74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Kapitel 75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden
Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

Kapitel 76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

Kapitel 77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Das Landgericht Wuppertal hat darauf mit einem formlosen Brief unmissverständlich mitgeteilt, rechtliches Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens zu versagen. Dies steht im Gegensatz zu Art.103 Abs.1 GG sowie Art.34 GG, ist also mehrfach verfassungswidrig.
Erschwerend kommt hinzu, dass vom Landgericht mit Versagung von rechtlichem Gehör für die politisch motivierten Zerschlagungen
sowohl die Zwangsversteigerung des Geschäftshauses der Opfer (6 T 296/11) erzwungen wurde
als auch die Verurteilung der Opfer (7 O 314/12) vorgenommen wurde, weil sie aufgrund von staatlich erzwungener Altersarmut seit 2010 die Beiträge zur Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können (de facto keine Krankenversicherung).
Das Landgericht ist in der abschließenden Instanz (26 Qs 146/13) auch verantwortlich für Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und mehr, weil die Opfer die Beiträge zur Pflegeversicherung nicht mehr bezahlen können (Zerschlagungen 4 und 5). Auch der Präsident des Landgerichts (3132 E-2591) ist informiert.
Das Landgericht hat effizient zu allen Zerschlagungen beigetragen, will aber rechtliches Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens versagen. Es ist ein Missbrauch richterlicher Gewalt, wenn ein Gericht nur zerschlagen will, aber keinen Beitrag zu Schadenersatz leisten will. In der Gesamtsicht ist das Rechtsbeugung.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat bis heute auf die Stellungnahme vom 10.Aug.2017 nicht geantwortet.

Zu 79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

Es handelt sich um Rehabilitierung politisch motivierter Zerschlagungen mit erlittenen beruflichen, gesellschaftlichen, materiellen und immateriellen Nachteilen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa.
Es ist offensichtlich, dass
ohne eine angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
ohne einen angemessenen Schadenersatz
dem zustehenden Rehabilitierungsanspruch
nicht entsprochen werden kann.

Rehabilitierung ist die Wiederherstellung der verletzten Ehre und des sozialen Ansehens einer Person als notwendige realistische Voraussetzung für die Wiedereinsetzung in frühere Rechte.
Eine sofortige Härteleistung, die den Pfändungsschutzbetrag eines Pfändungsschutzkonto übertrifft, aus Staatshaftung ist überfällig sowie die sofortige Einstellung aller aus den Zerschlagungen resultierenden Zwangsmaßnahmen, mit denen alle den Pfändungsschutzbetrag übersteigende Kontobeträge ad hoc einkassiert werden.

Warum ist das Landgericht Wuppertal gescheitert, dem Schadenersatzanspruch des Opfers gerecht zu werden?
Warum kämpft das Opfer bis heute vergeblich um seine Rehabilitierung?
Es fehlt der notwendige Respekt vor der herausragenden Lebensleistung des Opfers:
Die Bundesregierung hat nicht den notwendigen Respekt!
Die Ministerialbürokratie hat nicht den notwendigen Respekt!
Die Justiz hat nicht den notwendigen Respekt!

Die Respektierung des weltweit herausragenden Lebenswerkes ist Voraussetzung, um dem zustehenden Rehabilitierungsanspruch gerecht zu werden, um wieder eine Kommunikationsakzeptanz in Wissenschaft und Wirtschaft, in Politik, Verwaltung und Justiz zu erreichen. Sieh

Zerschlagung 5:
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften. Sieh Kapitel 74.

Warum haben sich hochqualifizierte Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa immer wieder in die Europäischen Congressmessen eingebracht?
Als Beiratsvorsitzende, als Congressleiter, als Schirmherren,
als Plenary Speakers, als VIP Speakers . . .
Das Opfer hat sie nicht bestochen, etwa mit Urlaubssponsoring auf Sylt oder Toskana oder sonst wie. Die Attraktivität der Europäischen Congressmessen, hinsichtlich den Qualitätsansprüchen der sich beteiligenden Persönlichkeiten, war der einzige Grund. Dem Gericht steht es frei, den Grund der Beteiligungen nachzufragen, z.B. bei

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992 (Zerschlagung 1), Zeuge für intensive Bemühungen des Opfers um eine Innovationsoffensive in 2004 nach erzwungener Einstellung der Europäischen Congressmessen,
Kontakt: Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung, Postfach 200733, 80007 München, Tel 089-1205-0
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003 (Zerschlagung 1)
Kontakt: Universität Stuttgart, IKR, Pfaffenwaldring 47, D 70569 Stuttgart
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsleiter Fraunhofer SIT (bis 2004), praxisnahe Management-Erfahrung und exzellentes Wissen über Innovationen von IT und Telekommunikation und digitale Sicherheit, langjährige Mitwirkung als Sitzungsleiter auf den Europäischen Congressmessen ONLINE (Zerschlagung 1)
Kontakt: Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik, Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg (0911 / 5302-450)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz,
Preisträger des **Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten,**
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003 (Zerschlagung 1)
Kontakt: Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, Stuhlsatzenhausweg 3, 66123 Saarbrücken, Tel 0681-85775-5252
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Dr.Ing.E.h. Manfred Weck, langjähriges Direktoriumsmitglied des Werkzeugmaschinenlabors (WZL) an der RWTH Aachen und jüngster **Träger des Aachener Ingenieurpreises**,
Congressleiter auf der KOMMTECH'88 in Essen
Kontakt: RWTH Aachen, WZL der RWTH Aachen, Manfred-Weck Haus, Steinbachstraße 19, 52074 Aachen, Tel. 02041-80-27400
> > > 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"**

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg

>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

u.v.a.m.

Der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ist mit Sicherheit
im Interesse von Deutschland und Europa,
um im Zeitalter der weltweiten Digitalisierung wieder aufzuholen.
Echte Rehabilitierung vorausgesetzt.
Sieh Kapitel 77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

Zu 80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum kann man nicht mit Bleistift und Papier erfolgreich durchführen.
Datenbank-basierte Arbeitsplätze für ein professionell arbeitendes Messeteam, das über 25 Jahre Pionierleistungen für die deutsche ITK-Branche erbracht hat und mit einer Weltspitzenleistung der Europäischen Congressmessen für hervorragendes Innovationswachstum und Innovationseffizienz gesorgt hat, waren die Infrastruktur für die Europäischen Congressmessen, mit denen Deutschland 2000 digitale Spitze im globalen Vergleich gewesen ist.

Datenbank-Technologie kann man kaufen. **Der Wert einer Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum ergibt sich jedoch aus den Inhalten**,
die man nicht kaufen kann, die mit qualifiziertem Personal über viele Jahre erarbeitet und ständig weiterentwickelt werden müssen.
Die Datenbank war das Produkt von über 25 Jahren Know-how für Innovationstransfer und Innovationseffizienz in der ITK-Branche und war jeder deutschen Messedatenbank überlegen, nicht nur der Messedatenbank der CeBIT. Die Datenbank des Klägers verfügte über die effizienten Instrumente, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit den Congressmessen umzusetzen.
Das Messeteam des Klägers arbeitete **ganzjährig** an der Aktualisierung dieser Datenbank im Rahmen der Messevorbereitung und der Messenachbearbeitung.
Allein der Wert dieser Datenbank wird auf mind. 10 Mio EUR geschätzt.
Organisationsniveau und Organisationsstruktur dieser professionellen Datenbank sind längst nachgewiesen und auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/DB.pdf

Mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurden Werte vernichtet, die beim Wiederaufbau mit hohen Kosten der Wirklichkeit neu geschaffen werden müssen. Die weltweit schlimmsten UMTS-Auktionen um 2000 fanden in Großbritannien und Deutschland statt. Deutschland ist heute Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und Großbritannien macht den BREXIT.

Das Opfer beklagt die Zerstörung der Existenz-Grundlage durch politisch motivierte Zerschlagungen. Das Opfer hat den Crash einer gigantischen Umverteilungspolitik in vorderster Front erleben und erleiden müssen. Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ohnmächtig ausgegrenzt.

Das Opfer hat den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, bis heute abgestraft mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör.
Sieh Kapitel 77.

Der gesamte Schadenersatz-Anspruch ist gemäß den Anlagen 7.7 im Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens am Landgericht Wuppertal in 3 Teilen darstellbar: Sieh **Anlagen 170828** in diesem Schriftsatz

Aufteilung des Schadenersatz-Anspruchs:
Schadenersatz-Anspruch wegen materieller Nachteile
Teil 1 (unabhängig von Rehabilitierungsansprüchen gemäß laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin)
Schadenersatz-Anspruch wegen materieller Nachteile
Teil 2 (abhängig von Entscheidung über Rehabilitierungsansprüche gemäß laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin)
Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile
Teil 3 (Schmerzensgeld): abhängig von Entscheidung über Rehabilitierungsansprüche gemäß laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin

Der Schadenersatzanspruch wegen materieller Nachteile Teil 1 wird zum 01.Januar 2018 auf 15 Mio EUR beziffert
(errechnet zu 13.129.278,00 EUR Stand März 2015)

Der Schadenersatzanspruch wegen materieller Nachteile Teil 2 wird zum 01.Januar 2018 auf 15 Mio EUR beziffert
Wiederaufbau einer neuen Firmengruppe (Durchführungsgesellschaft, Kuratorium und Beirat, Werbeagentur, Infrastruktur-Verwaltung): 5 Mio EUR
Wiederaufbau einer neuen Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: 10 Mio EUR

Der Schadenersatzanspruch wegen immaterieller Nachteile Teil 3 (Schmerzensgeld): zweimal 10 % von Teil 1 und Teil 2,
also 6.Mio EUR
Die Ehefrau des Klägers ist ebenso Opfer politisch motivierter Zerschlagungen: Sie hat 1984 die sichere Beamten-Laufbahn am Gymnasium Heiligenhaus als Oberregierungsrätin aufgegeben, um in der Firmengruppe mit der Leitung Kongressmesse-Büro, Innendienst & IT den nachhaltigen Erfolg der Firmengruppe abzusichern. Sie hat als Englisch-Lehrerin auch die Zweisprachigkeit in der Unternehmensgruppe ermöglicht. Beide müssen seit 2000 die verheerenden Folgewirkungen mit Diskriminierung und Diffamierung, mit erlittenen beruflichen, gesellschaftlichen, materiellen und immateriellen Nachteilen ertragen trotz ihrer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Zusammen beklagen sie einen Verlust von 35 Jahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für herausragende Leistungen, unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt durch Obergerichtsvollzieher bis zum Verstoß gegen internationale Menschenrechte wie Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch u.a.m.
Siehe Zerschlagungen 1 bis 6.

Der gesamte Schadenersatz-Anspruch ist 36 Mio EUR. Das Finanzierungsvolumen für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch wird auf 50 Mio EUR geschätzt.

Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution im Zeitalter des Internet der Dinge (IoT, Industrie 4.0, RFID . . .)
mit professionellem Innovationstransfer
von digitalem Innovationswachstum (Teil 1)
zu Fortschritten der Digitalisierung (Teil 2)
sind eine europäische Herausforderung und daher auch von der EU-Kommission zu fördern.

Der Wiederaufbau vom Stande Null ist durchzusetzen in einer geschlossenen Messelandschaft, die von der Staatswirtschaft dominiert wird. Tatsächlich haben die Business-orientierten Messen wie CeBIT und Industriemesse von den innovationsorientierten Congressmessen und dem mit ihnen erreichten Innovationswachstum nur profitiert. Die CeBIT hatte als Folge der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenfalls hohe Verluste
Alle deutschen IT- und Telekommunikationsmessen waren von dieser gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in kaum vorstellbarem Ausmaß betroffen:
CeBIT Hannover: Einbruch von 8090 Aussteller und 850.000 Besucher (2001) auf 7260 Aussteller (2002), auf 6600 Aussteller (2003), auf 3300 Aussteller und 200.000 Besucher (heute)
SYSTEMS München: Einbruch von 2165 Aussteller (2001) auf 1670 Aussteller (2002), auf 1300 Aussteller (2003), auf ….

2008 Einstellung der SYSTEMS München wird von den staatlichen Anteilseignern der Messe München GmbH bekanntgegeben.
2009 Verlustausgleich in Höhe von einer Viertel Mrd € (250 Mio) hat die Deutsche Messe AG (Veranstalter der ITK-Messe CeBIT) von den staatlichen Anteilseignern erhalten. Verluste werden von den staatlichen Anteilseignern ausgeglichen.

Das Opfer musste seine Europäischen Congressmessen mit dem jährlichen IT-Gipfel bereits 2003 „in den Wind schreiben“. Den Nationalen IT-Gipfel hat die Bundesregierung unter Federführung des BMWi an sich gerissen.
Deutsche Justiz diffamiert unter der Gürtellinie, wenn sie argumentiert, das Opfer habe seine Congressmessen „heruntergewirtschaftet“. Der Kläger hatte keine Steuerzahler, die für die Verluste bei staatlichen Anteilseignern aufgekommen sind CeBIT, SYSTEMS). Er musste schnell und verantwortungsvoll handeln. Das hat er getan.
Seine Congressmessen waren aber für das Innovationswachstum in Deutschland tatsächlich **systemrelevant.** Die Messen mit den staatlichen Anteilseignern und die deutsche ITK-Branche konnten die Congressmessen nicht ersetzen.

Der Kläger hat mehrfach einen außergerichtlichen Vergleich vorgeschlagen:
Sieh Anlage 6.4 im Beweisordner 4:
Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit
Schreiben vom 25.08.2011 an den
Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung,
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung, heute Digital-Gipfel) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Es besteht ein hoher Abstimmungsbedarf mit der Bundesregierung, dessen Erfüllung kaum mit Gerichtsbeschlüssen erzwungen werden kann. Ein Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen vom Stande Null ist nur realistisch im Umfeld des heutigen Digital-Gipfels (genauer: Digitalisierungsgipfel für Verwaltung und Bürger/Verbrauchergesellschaft) als Mittelpunkt der Congressmessen.

Die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz gemäß Kapitel 79 ist daher in einem außergerichtlichen Vergleich eher realistisch:
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen. Eine zusätzliche Unterstützung durch Europäische Kommission ist sowieso nur durch Vermittlung der Beklagten möglich.

Die gerichtliche Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz ist jetzt bereits ein Problem für das Bundesverfassungsgericht, weil der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG nicht ausgeschlossen werden darf.

Aus diesem Grund beantragt der Kläger eine schnellstmögliche Klärung, ob eine **außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz realistisch ist.** Ein klärendes Gespräch mit der Beklagten ist für eine realistische Umsetzung empfehlenswert.

Eine Härteleistung gemäß Schriftsatz vom 28. März 2017 ist längst beantragt. Bis heute leider Fehlanzeige. Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung ist wieder ein Verfassungsproblem. Rehabilitierung ist unverzichtbarer Teil der Staatshaftung.

Velbert, 28. August 2017

Albin L. Ockl

Anlagen 170828 in diesem Schriftsatz:
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum: Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > Sieh oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax aVorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 01.Sept. 2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Fortsetzung mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017)
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

Fortsetzung der Stellungnahme mit fortlaufender Kapitelnummerierung:

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Teib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte,
langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Zu 81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

Mit Schreiben vom 28.Aug.2017 wurden zwei Abschriften zur Kenntnisnahme zugesandt:
a) Schreiben des Amtsgerichts Wuppertal zur Handelsregistersache ONLINE GmbH Kongresse und Messen
b) Gesellschafterliste der GmbH vom Januar 1998

Missverständnisse sollten schnellstmöglich aufgeklärt werden:

Schon die Handelsregistersache ist fehlerhaft. Die richtige Firmenbezeichnung ist: **ONLINE GmbH Kongresse und Messen für technische Kommunikation**, abgekürzt: ONLINE GmbH

Die Unternehmensgruppe der Familie Ockl, also nicht allein die ONLINE GmbH, war ausschließlich tätig für die Schaffung von Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg, Düsseldorf und Berlin, KOMMTECH in Essen und Karlsruhe und andere wie die Congressmesse Frankfurt/Mainz in 1993/1994 mit den Congressen NETWORKS, TEL & COM, OFFICE & DOC, CLIENT SERVER .
Nachweis in den vorliegenden Beweisordner 1 und 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Es war strategische Zielsetzung weiterer Congressmessen, neue Kundenkreise für die Europäischen Congressmessen ONLINE zu erschließen, um neue Kundenkreise nach Einstellung dieser Congressmessen in die führende Congressmesse ONLINE zu integrieren.

Die Unternehmensgruppe der Familie OCKL bestand aus:
U1: ONLINE GmbH Kongresse und Messen für technische Kommunikation,
U2: Einzelfirma Eva Ockl,
U3: Einzelfirma Albin Ockl.

Die wirtschaftliche Basis wurde vom Kläger geschaffen in den 1970er Jahren mit den herstellerneutralen Seminaren ONLINE I, II, III, IV, V und VI, die vom Kläger als selbständigem Unternehmensberater ohne Subventionen erarbeitet wurden und öffentlich an der Technischen Akadmie Wuppertal, am Haus der Technik in Essen sowie inZusammenarbeit mit der Zeitschrift Online in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt wurden. Die Seminare waren führend in Mitteleuropa, sodass der Kläger auch zur firmeninterenen Ausbildung führender EDV-Hersteller (NIXDORF, PHILLIPS, KIENZLE, OLIVETTI u.a.) im In- und Ausland regelmäßig eingeladen wurde.

Die steuerliche Rechtmäßigkeit der Unternehmensgruppe OCKL wurde geprüft von:
Eberhard Exner, Wirtschaftsprüfer, Geschäftsführung der RINKE TREUHAND GmbH, Wall 39, 42103 Wuppertal, Tel 0202-2496-0

U1: hatte schwerpunktmäßig die Aufgaben der Durchführung der Congressmessen, der Datenbankpflege (ganzjährliche Beschäftigung eines professionellen Messeteams) und Verlagstätigkeit mit Erstellung und Vertrieb von mehreren 100.000 Congresbänden (ISBN-nummeriert). Zusammenstellung und Verfielfältigung der Congressband-Inhalte wurde vom Messeteam vor jeder Congressmesse durchgeführt. Design-Arbeiten und Buchbindung wurden mit Fremdarbeiten durchgeführt.

Die Vervielfältigung der Congressbände erfolgte mit einer gemieteten, leistungsstarken Xerox-Anlage im eigenen Hause. So konnte erreicht werden, dass alle Congressteilnehmer bei Ankunft in den Congressen bis zu 14 verschiedene, ISBN-nummerierte Congressbände mit den Vortragsdokumentationen der Congressreferenten zum ermäßigten Subskriptionspreis erwerben konnten. Nach einer Congressmesse waren die Congressbände käuflich zu erwerben (Hauptinteressenten: Renommierte Universitäts- und Firmenbibliotheken).
Wegen der verheerenden Folgewirkungen mussten die Congressmessen Ende 2003 eingestellt werden. Für die angemietete, teure Xerox-Anlage gab es kein Vervielfältigungsvolumen mehr. U1 hat den Mietvertrag zum 31.12.2003 gekündigt. Die Kündigung des Mietvertrages wurde von XEROX nicht anerkannt und ein Restmietbetrag in Höhe von 17.403,68 € gerichtlich durchgesetzt: Sieh Anlage 170901-01. Dieser Restbetrag hätte mit der Fortsetzung der Congressmessen erstattet werden können. Intensive Bemühungen bei der Bundesregieung (sieh Anlagen 3.41 und 3.51 im Beweisordner 3) standen im Widerspruch zu einer
rücksichtslosen, vernichtenden Umverteilungspolitik der Bundesregierung, mit der die Insolvenz im Feb.2006 erzwungen wurde.

U2: Die Ehefrau des Klägers ist ebenso Opfer politisch motivierter Zerschlagungen: Sie hat 1984 die sichere Beamten-Laufbahn am Gymnasium Heiligenhaus als Oberregierungsrätin aufgegeben, um in der Firmengruppe mit der Leitung Kongressmesse-Büro, Innendienst & IT den nachhaltigen Erfolg der Firmengruppe abzusichern. Sie hat als Englisch-Lehrerin auch eine qualifizierte Zweisprachigkeit in der Unternehmensgruppe ermöglicht. Beide müssen seit 2000 die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen Umverteilungspolitik mit Diskriminierung und Diffamierung, mit erlittenen beruflichen, gesellschaftlichen, materiellen und immateriellen Nachteilen ertragen trotz ihrer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa: Sieh Kapitel 80.
Als eingetragene Eigentümerin der Geschäfts-Inftastruktur erhielt die Einzelfirma U2 von U1 angemessene Mietzahlungen für die Geschäftsimmobilie und den Fuhrpark, die ordnungsgemäß versteuert wurden. Aufgrund existenzieller Schwierigkeiten von U1 mußten die Mietzahlungen an U2 seit November 2003 eingestellt werden. Sieh Anlage 7.4 Seite 54 (Anlagen 170828 im Schriftsatz vom 28.Aug.2017).
Die Geschäftsbanken der Firmengruppe OCKL haben mit einem Zwangsversteigerungsverfahren (Amtsgericht Velbert/Landgericht Wuppertal mit Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000) den Verkauf einer repräsentativen Gründerzeit-Villa zu einem Schleuderpreis erzwungen: Sieh Anlage 7.6 Seite 85 (Anlagen 170828 im Schriftsatz vom 28.Aug.2017).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/villa-e.pdf

U3: Der Kläger war bis zum Schluss Geschäftsführender Gesellschafter von U1. Darüber hinaus hat er die Chefredaktion des kompletten Congressmesseprogramms wahrgenommen (Congresse / Symposien in enger Abstimmung mit den Congress- und Sitzungsleitern, Tutorials & Kolloquien in enger Abstimmung mit den Referenten / Sitzungsleitern, Worshop-Reihen der Aussteller in enger Abstimmung mit den Sitzungsleitern).
Weiterhin war U1 eine eingetragene Werbeagentur, um Agenturprovisionen zu externen Werbeaufträge für die Firmengruppe einzusparen. Die Einnahmen von U3 wurden ordnungsgemäß versteuert. Aufgrund existenzieller Schwierigkeiten mußten von U1 die Gehaltszahlungen und die Überlassung von Agenturprovisionen an U3 seit November 2003 eingestellt werden. Sieh Anlage 7.3 Seite 46 (Anlagen 170828 im Schriftsatz vom 28.Aug.2017).Gehaltszahlungen und Agenturprovisionen entfielen

Die Europäischen Congressmessen sind das weltweit herausragende Lebenswerk des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen. Geschäftliche Basis dafür waren U1, U2 und U3.

Zu 82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Teib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .

Der Kläger und seine Ehefrau sind trotz ihrer Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge (Zerschlagungen 1 bis 6, sieh Kapitel 74)

Sie sind wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

> unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(**Zerschlagung 1**) und

> unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung
(**Zerschlagung 2** mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

> unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
(Zerschlagung 3, Mindestschaden von 100.000 €, rechtshängig bei 27.Kammer des VG Düsseldorf)

> unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4)

> wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
(psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)

> wegen Versagung (bis heute) von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Betroffener **(Zerschlagung 6)**

Seit 2011, nach Anstrengung einer später verworfenen Petition an den Deutschen Bundestag, wurden der Kläger auf Betreiben skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaften mit rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren, **getarnt als Ordnungdswidrigkeitsverfahren für angebliche Verkehrsdelikte,** unter Verantwortung des Amtsgerichtes Mettmann einer psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5) unterworfen. Sieh Anlage 170901-02.
Sieh Kapitel 97 im Schriftsatz vom 21.Juni 2017 an das Amtsgericht Mettmann.
97. Hier am Amtsgericht Mettmann Zerschlagung 5:
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, weisungsgebundene, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zurückweisung mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
Seit der letzten Hauptverhandlung wieder unter Leitung von Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 152)

Sieh Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 vom 14.Februar 2016
Kapitel BVERFG-03(2AR). „Herrschaft des Unrechts“ in einem Rechtsstaat sieht so aus:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt
Art.1 Abs.1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
Gewalttätiger Polizist: „Halt endlich deine dreckige Fresse“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Eine außerordentliche Rehabilitierung mit einer angemessenen Würdigung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa ist nicht nur Anspruch, sondern eine notwendige Unterstützung
für den Wiederaufbau zugunsten einer digitalen Zukunft in Deutschland und Europa.

Die Ehefrau des klagenden Opfers ist an der Schadenersatzersatzklage vor dem Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) als Klägerin beteiligt.
Die Opfer bestreiten, dass die Schadenersatzklagen (2 O 70/15, 2 O 163/16) vor einem ordentlichen Gericht rechtskräftig beendet sind, solange keine angemessene Wiedergutmachung erreicht ist. Bis heute wird jede Information darüber verweigert, seit wann und warum die Schadenersatzklagen rechtskräftig beendet sein sollen. Der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadenersatz darf nicht ausgeschlossen werden (Art.34 GG).
Das Vertrauen der Opfer in die deutsche Justiz hat schwer gelitten, ist zerrüttet.
Eine sofortige, angemessene Härteleistung wäre eine vertrauensbildenede Maßnahme.
Der Schadenersatz für beträchtliche immaterielle Nachteile ist nahezu selbsterklärend und unverzichtbar.

Velbert, 01.Sept. 2017

Albin L. Ockl

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatzvom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre ‘84 - ’87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis ‘87 – ’90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis ‘89 – ’92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis ‘95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis ‘98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE’84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -
Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum: Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Teib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > Sieh oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax aVorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 06.Sept. 2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Fortsetzung mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmassnahmen derStaatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017.2017 (eingegangen am 05.09.2017) zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

Fortsetzung der Stellungnahme mit fortlaufender Kapitelnummerierung:

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmassnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig:
Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Zu 83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften Zwangsmassnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011 Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

Sieh Kapitel 82.
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Teib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge erhält **von einer Obergerichtsvollzieherin eine Zwangsvollstreckungssache der Staatsanwaltschaft Wuppertal** (weisungsgebunden gegenüber dem beklagten Bundeskanleramt) mit Datum 01.09.2017 (eingegangen am 05.09.2017): Sieh Anlage 201709-01.

Eine weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaft will die Geichtskosten (Bußgeld) aus einem rechtsbeugenden Urteil des Amtsgerichtes Mettmann vollstrecken. Dieses rechtsbeugende Urteil vom 10.08.2016 wurde der 27:Kammer des VG Berlin im Schriftsatz vom 01.09.2017 als Anlage 170901-02 vorgelegt. Das Opfer wird hier wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt, die überhaupt nicht stattgefunden hat. In der Begründung dieses Urteils wird das Opfer diskriminiert und diffamiert, was das Zeug hält.

Das Opfer hat beim zuständigen Landgericht Wuppertal Einspruch eingelegt gegen das Urteil aus der Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (Anlage 170901-02) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit.

Vom Landgericht wurde rechtliches Gehör für das Berufungsverfahren versagt, so wie es rechtliches Gehör für das Schadenersatz-Verfahren gegen die Beklagte (Zerschlagung 1, 2 O 70/15) und gegen die beklagte Bayerische Staatsregierung
(Zerschlagung 2, 2 O 163/16) versagt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Das rechtsbeugende Urteil des Amtsgerichtes Mettmann betrifft die politisch motivierte Zerschlagung Nr.5, an der das Landgericht Wuppertal (26 Qs 146/13) seit 2013 involviert ist.

Zerschlagung 5:
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften. Sieh Kapitel 74.
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf

Hier wird eine **ehrenwerte Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt** von einer skrupellosen, diskriminierenden, diffamierenden, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften angestiftet.

Die neue Vollstreckungssache ist ein aktueller Beweis für den längst überfälligen Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

Gegen ein derartiges juristisches Desaster zu Lasten des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge ist das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand unverzichtbar: Art.20 Abs.4 GG.

Zu 84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

Der Internationale Karlspreis zu Aachen, der 1950 erstmals vergeben wurde, ist der älteste und bekannteste Preis, mit dem Persönlichkeiten oder Institutionen ausgezeichnet werden, die sich um Europa und die europäische Einigung verdient gemacht haben. Mit den Europäischen Congressmessen hat sich das das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge um Europa sehr verdient gemacht. Die digitale Evolution hat längst internationale Bedeutung für globales Zusammenwachsen, für das Zusammenwachsen der europäischen Länder hat digitale Evolution seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit besonders schlimmen Auswirkungen in Deutschland und Großbritannien riesigen Nachholbedarf. Der BREXIT ist nur ein alarmierendes Symptom zunehmender Schwierigkeiten der europäischen Einigung.

Das Verhalten der weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft resultiert aus einer gigantischen Umverteilungspolitik, für deren Folgen dieser Staat keine Verantwortung übernehmen will. Diese Verantwortungslosigkeit muss ein Ende haben. Dieser Staatsanwaltschaft fehlt der notwendige Respekt vor Persönlichkeiten, die ein herausragendes Lebenswerk für Deutschland und Europa vorweisen können. Ohne eine angemessene Würdigung des Lebenswerkes ist ein Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Interesse der digitalen Zukunft von Deutschland und Europa überhaupt nicht umzusetzen.

Sieh Kapitel 77.
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, waren **der Digital-Gipfel bis zur staatlichen UMTS-Auktion 2000**.

Mit der Zerschlagung wurde ein
systemrelevantes Forum in Deutschland und Europa vernichtet.

Die Datenbank war die Basis für die Innovationseffizienz, weil mit ihrer Hilfe eine flächendeckende Anbieter-, Referenten- und Besucherwerbung für das weltweit größte Congressangebot für Innovationstransfer und Innovationswachstum umgesetzt wurde, in Deutschland, in Europa und weltweit.

Die Datenbank war das Produkt von über 25 Jahren Know-how für Innovationstransfer und Innovationseffizienz in der ITK-Branche und war jeder deutschen Messedatenbank überlegen, nicht nur der Messedatenbank der CeBIT. **Die Datenbank des Klägers verfügte über die Instrumente, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit den Congressmessen umzusetzen.**

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, der digitalen Evolution
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Datenbank-basierten Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Das ist das Lebenswerk des Klägers, er hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, **er kann nichts anderes.** Aber das professionell und mit Perfektion. Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

Die Europäischen Congressmessen haben maximale Unterstützung gegeben (ausgewählte Beispiele):

> für die Einführung des Bundesdatenschutzgesetzes
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

> für die Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&l=4&p=811&f=1#5

> für die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

> für evolutionäre Projekte der Kabel- und Satellitenkommunikation in Europa
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_90.pdf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

> für die Liberalisierung der Telekommunikation mit Einführung des Telekommunikationsgesetzes
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

> für die digitale Evolution mit Einführung von BTX, Internet und Mobilfunk bis UMTS
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Die herausragende Qualität der Europäischen Congressmessen war nur möglich **durch die Mitwirkung hochqualifizierter Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft, aus Politik und Verwaltung.** Die Akzeptanz des Opfers durch diese Persönlichkeiten war Voraussetzung. Mit den politisch motivierten Zerschlagungen wurde der gute Ruf und damit auch die Akzeptanz zerstört.

Es ist ein staatliches Fehlverhalten, Erzeugnisse deutscher Forschungs- und Industriekultur zerschlagen und vernichten zu wollen. Das sind über 260 ISBN-nummerierte Congressbände zu über 260 Congressen, mit einer Auflage von mehreren 100.000 publiziert. Das klagende Opfer hat über 1000 Exemplare und zusätliche Pogrammbroschüren, Kataloge etc. zur Beweissicherung in seinem Privathaus sichergestellt. Staatliche Unterstützung zur Rettung dieser Zeugnisse deutscher Forschungs- und Industriekultur ist überfällig.

Eine angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution ist **Voraussetzung für den Wiederaufbau**.
Die Fortsetzung der politisch motivierten, kontraproduktiven Zerschlagungen durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften ist unterirdische und strafbare Rechtsbeugung in einem sog.Rechtsstaat.

Velbert, 06.Sept. 2017

Albin L. Ockl

Anlagen hier
Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatzvom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Teib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmassnahmen derStaatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmassnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > Sieh oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 06.Okt. 2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Verwaltungsgericht Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Fortsetzung mit Stellungnahme
zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

Fortsetzung der Stellungnahme mit fortlaufender Kapitelnummerierung:

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter (Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln und den Verfassungsbeschwerden sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Zu 85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

Politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen seit 2010:

> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> Zerschlagung 4: unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Versicherungen für finale Zerschlagung (nicht für soziale Sicherheit) infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut
> Zerschlagung 5: unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigen Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für schwere Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch
> Zerschlagung 6: bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Aktueller Stand der politisch motivierten Zerschlagungen:

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz
am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit
Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Ausnutzung der Zerschlagung 1
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW
Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, **in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**
Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Zerschlagung 4: unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Anwendung nicht für soziale Sicherheit, sondern für finale Zerschlagung im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen)
Verweigerung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für schwere Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung,

massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 170)

Zerschlagung 6: Seit 2011 mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Fortsetzung der Klage wegen Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14)
Bis heute (2017): Extremistische Auswüchse einer gigantischen Umverteilungspolitik
Von politisch motivierten Zerschlagungen in einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte zu verheerenden Folgewirkungen inkl. HARTZ IV und Agenda 2010
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
Vorschlag (2017) für schrittweise Umsetzung von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 25)

Eine gigantische Umverteilungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (HARTZ IV, Agenda 2010, politisch motivierte Zerschlagungen) mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz / Stand 2017**:**
Missbrauch von hoheitlichem Handeln für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte:
Der Geschädigte ist das wehrlose Opfer, nicht der schuldige Täter, ohne Verantwortung für juristisches Desaster deutscher Justiz wegen nicht mehr vorstellbarer Vorgänge

Die politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge (Zerschlagung 2) sind Gegenstand von 3 Verfassungsbeschwerden im September 2017 wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör:

> Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept. 2017
am Bundesverfassungsgericht wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör am Landgericht Wuppertal
(2 O 70/15, Zerschlagung 1, Anlage BVERFG-C)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

> Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept. 2017
am Bundesverfassungsgericht wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör am Landgericht Wuppertal
(2 O 163/16, Zerschlagung 2, Anlage BVERFG-B)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

> Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept. 2017
am Bundesverfassungsgericht wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör am Verwaltungsgericht Düsseldorf
(27 K 5854/13, Zerschlagung 3, Anlage BVERFG-A)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Der ordentlicher Rechtsweg (2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal) für den Anspruch auf Schadenersatz darf nicht ausgeschlossen werden (Art.34 GG), solange keine Alternative rechtsverbindlich geschaffen ist.

Zu 86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter (Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung, für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre) auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen

Wenn die Nachforderungen der sozialen Pflichtversicherungen (DEBEKA) seit 2010 nicht durch Schadenersatz wegen staatlich erzwungener Altersarmut **vollständig** ausgeglichen werden und der Anspruch auf eine angemessene Versicherungsleistung für diese Zeit der sozialen Aussperrung aberkannt wird, so ist der Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung zu beklagen: Sieh Zerschlagung 4.
Bis heute wird das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen in unerträglicher Weise als Vertragsbrecher diffamiert und als Verweigerer monatlicher Beiträge für soziale Pflichtversicherungen gebrandmarkt, diskriminiert und bestraft, obwohl er aufgrund staatlich erzwungener Altersarmut die Beiträge nicht mehr bezahlen kann.

Beweise für soziale Aussperrung (Zerschlagung 4) sind:
Anlage DEBEKA-D:
Antwort zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Mit einem **künstlichem Teilversäumnisurtei**l (keine PKH für anwaltliche Unterstützung) wurde von der 7.Zivilkammer jede Begründung des Opfers mit staatlich erzwungener Notlage unterdrückt.
Mit Einspruch gegen das Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 hat das beklagte Opfer Berufung mit Prozesskostenhilfe beantragt und wegen Ablehnung einer Berufung durch das Oberlandesgericht, Rechtsbeschwerde beim BGH und Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht vorgenommen, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf
Scroll down after link (page 56)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen beklagt
nicht nur soziale Aussperrung, sondern auch kulturelle Aussperrung:
Aufgrund kapitaler Vermögensschäden aus der gigantischen Umverteilungspolitik ist er seit 2002 gezwungen, auf den Besuch von Theater- und Musik-Veranstaltungen und anderer kultureller Veranstaltungen zu verzichten. Dies wiegt umso schwerer, wenn man weiß, dass der Kläger selbst während seiner Gymnasialzeit Vorsänger im Auswahlchor seiner Schule war und so intensive Beziehungen zur klassischen Musik hat.

Der Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft, des Klägers und seiner Ehefrau, mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen, ist ein hinreichender Beweis auch für den immateriellen Schaden aus
beruflicher und geschäftlicher Aussperrung trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Das Landgericht Wuppertal hat einen rücksichtslosen Rechtsstaat gegen das wehrlose Opfer gezeigt (Zerschlagung 4). In der Klage gegen einen Unrechtsstaat (Zerschlagung 1 / Bundesrepublik Deutschland und Zerschlagung 2 / Freistaat Bayern) hat das Landgericht gegen ein wehrloses Opfer Versagung von rechtlichem Gehör bis heute vorgezogen. Sieh Verfassungsbeschwerden in **Anlage BVERFG-B** und **Anlage BVERFG-C.**
Versagung von rechtlichem Gehör für
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, für den Verlust seiner bayerischen Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses mit kapitalen Vermögensschäden in der Heimat (Zerschlagung 2)
Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die kapitalen Vermögensschäden aus der Zerschlagung 1 gekannt und gnadenlos ausgenutzt, hat in skrupelloser Weise ein beantragtes Berufungsverfahren zu einer skandalösen Rechtsbeugung der 1. Instanz unterbunden und bayerische Verwaltung hat die Treib- und Hetzjagd auf den einzigen Rechtsnachfolger des verstorbenen Bruders in NRW fortgesetzt.

Das Landgericht Wuppertal (26 Qs 146/13) ist auch involviert in Zerschlagung 5:
unter Verantwortung von skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für schwere Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch

Psychische Zerschlagung durch verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu schwerer Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung,
massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften
Eine Wiedergutmachung **für psychische Zerschlagung, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu schwerer Freiheitsberaubung mit Anwendung physischer Gewalt, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers politisch motivierter Zerschlagungen in vergittertem Polizei-Transporter (Zerschlagung 5) ist alternativlos.** Sieh Klageerzwingungsverfahren mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:
http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Die Fortsetzung der politisch motivierten, kontraproduktiven Zerschlagungen durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften ist eine unterirdische, hundsmiserable Justiz (Zerschlagung 5) und strafbare Rechtsbeugung in einem echten Rechtsstaat.

Der Kläger beantragt eine Stellungnahme der 27.Kammer zu mehreren Klägereingaben und über den Fortgang des Verfahrens

Velbert, 06.Okt. 2017

Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes:

Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im letzten Schriftsatz

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der
IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,
für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 20.Okt.2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
(Beklagte)

Hier: Fortsetzung mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017
(eingegangen am 13.Okt.2017)

Fortsetzung mit Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

Zu 87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

Das Opfer wurde mit Zustellungsurkunde vom 15.Aug.2017 (eingegangen am 18.Aug.2017) aufgefordert, das PKH-Formular über persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse sorgfältig auszufüllen, nachprüfbar zu belegen und einen zur Vertretung bereiten Rechtsanwalt zu benennen, **innerhalb von 2 Wochen.**
Aktuelle Situation am 18.Aug.2017: Zum gleichen Zeitpunkt war das Opfer gezwungen, mit mehreren termingebundenen Verfassungsbeschwerden das Bundesverfassungsgericht anzurufen,

weil im verwaltungsgerichtlichen Verfahren (27 K 5854/13, Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Oberverwaltungsgericht Münster rechtliches Gehör versagt wurde zu Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit einer nachweisbaren Schädigung von mindestens 100.000 €
(sieh **Anlage BVERFG-A** im Schriftsatz vom 6.10.2017:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29))

weil im zivilgerichtlichen Verfahren (2 O 70/15, Zerschlagung 1) am Landgericht Wuppertal ohne Angabe von Gründen rechtliches Gehör für die Fortsetzung des ordentlichen Schadenersatzverfahrens versagt wurde
(sieh **Anlage BVERFG-C i**m Schriftsatz vom 6.10.2017**:**
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

weil im zivilgerichtlichen Verfahren (2 O 163/16, Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal ohne Angabe von Gründen rechtliches Gehör für die Fortsetzung des ordentlichen Schadenersatzverfahrens versagt wurde
(sieh **Anlage BVERFG-B i**m Schriftsatz vom 6.10.2017**:**
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat seit langem kein Recht auf Urlaub, weil es sich diesen nicht mehr leisten kann.
Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat eine Krankenversicherung, die keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, aber ständig mit Zwangsmaßnahmen über ausstehende Schulden, verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen, droht (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit, Zerschlagung 4)
Sieh **Anlage DEBEKA-D i**m Schriftsatz vom 6.10.2017 **:**

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Sieh **Anlage DEBEKA-E i**m Schriftsatz vom 6.10.2017 **:**
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Kurzfristig sollte ein zur Vertretung bereiter Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht benannt werden,
der möglichst über den von deutscher Justiz zu verantwortendem Scherbenhaufen mit politisch motivierten Zerschlagungen Nr.1 bis Nr.6 informiert ist,
dem möglichst alle Beweisunterlagen (ca. 1 Woche Zeitbedarf zur Zusammenstellung aus Beständen des Congressmesse-Archivs) zu übergeben sind, der zu den Konditionen der PKH tätig werden soll,
der dann eine direkte Kommunikation des Opfers mit dem Gericht verhindern soll, obwohl dies in der 1.Instanz nicht erforderlich ist.

Das Opfer hat begründete Zweifel, zu PKH-Konditionen einen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mit der notwendigen Qualifikation zu finden. Angesichts dieser aktuellen Situation am 18.Aug.2017 hat sich das Opfer entschlossen, die termingebundene Abgabe der 3 Verfassungsbeschwerden sicherzustellen, und hat um Terminverschiebung für das PKH-Verfahren gebeten, zumal das Opfer bereits in 2011 ein PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin durchgeführt hat. Seitdem haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich verschlechtert wegen Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012.
Sieh **Anlage 171001**
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Das Opfer ist weiter darum bemüht, einen zur Vertretung bereiten Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht zu finden. Praxiskenntnisse zur staatlich dominierten Messebranche und Telekommunikationsbranche wären vorteilhaft.

Zu 88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

Rehabilitierung muss den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum einschl. Digital-Gipfel (vormals nationaler IT-Gipfel) sicherstellen. Eine strategische Aufgabe des Digital-Gipfel ist, eine angemessene Aufmerksamkeit für digitalen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum sicherzustellen.

Machbar ist der Digital-Gipfel als Congress I (2x2Tage) mit Plenarveranstaltung im Mittelpunkt der Europäischen Congressmessen mit den Congressen I-VIII mit parallelen Workshop-Präsentationen von innovationsorientierten Ausstellern, Startups und Startup-Abteilungen. Heute hat der Digital-Gipfel nicht den erforderlichen Mehrwert für digitalen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum. Das ist wieder herstellbar. So ist eine Win-Win-Perspektive für Digitalisierung in Deutschland, Europa und für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen vorstellbar.

Rehabilitierung bedeutet eine angemessene Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa. Das Opfer ist gerne bereit, diese Anerkennung in den Dienst von digitalen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum zu stellen. **Zur Rahmenveranstaltung dieser Anerkennung können ehemalige und künftige Congressleiter, Sponsoren und Entscheidungsträger eingeladen werden**.

Der internationale Karlspreis zu Aachen bietet dafür ein hervorragendes Forum auf europäischer Ebene, in das der WDR sowieso einbezogen ist. Die Bringschuld des WDR, stellvertretend für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ist unbestreitbar (Zerschlagung 3 mit zusätzlichem Rehabilitierungsbedarf, sieh Verfassungsbeschwerde
in **Anlage BVERFG-A** im Schriftsatz vom 6.10.2017:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29))

Im Hinblick darauf ist der Kläger gerne bereit, den „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurückzunehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Im Gegenzug wird vom Kläger erwartet, dass die Beklagte einen Vorschlag unterbreitet, wie das Finanzierungsvolumen von 50 Mio als notwendige **Investition für eine professionelle, wettbewerbsfähige Umsetzung des Wiederaufbaus** erreicht werden kann. Eine Baustelle wie der Flughafen Berlin ist nicht im Sinne der Beteiligten.

Der Kläger ist bemüht, den Prozesskostenhilfe-Antrag und die Benennung des zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts schnellstmöglich nachzureichen.

Velbert, 20.Okt. 2017

Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes:

Anlage 171001
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 30.Okt.2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)

Hier: Fortsetzung mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen hat mit Schriftsatz vom 20.Okt. 2017 seine Bedenken dargelegt:

Kapitel 87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

Kapitel 88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

Die detaillierten Ausführungen der Kapitel 87 und 88 sind zusätzlich nachlesbar im Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Aus Zweifeln ist Gewissheit geworden:
Ein qualifizierter, vertrauenswürdiger Rechtsanwalt, der eine anwaltliche Vertretung zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu PKH-Konditionen übernehmen kann oder soll, ist nicht einmal vorstellbar.
Es geht hier nicht um ein Alltagsproblem.

Höfliche Rechtsanwälte bezeichnen die juristische Aufgabe als zu komplex, tatsächlich ist ein juristischer Scherbenhaufen infolge politisch motivierter Zerschlagungen aufzuräumen. Das Ganze zu PKH-Konditionen ist für jeden Rechtsanwalt ein Verlustgeschäft.
Es macht auch keinen Sinn, irgendeinen Rechtsanwalt für Verwaltungsrecht zu PKH-Konditionen zu verpflichten, dessen Qualifikation nicht überprüfbar ist, für den die nicht alltägliche Aufgabenstellung zu komplex ist und der einfach ein möglichst schnelles Ende zu Lasten seines Mandanten erreichen will.

Es steht fest: Verantwortlich für den Scherbenhaufen ist nicht das klagende Opfer, sondern der beklagte Täter, der endlich Verantwortung übernehmen muss. Die Schuld der Täterin ist daher noch gravierender.
Es kann nicht sein, dass vom Opfer, dem ein rechtsstaatliches Verfahren bis heute versagt ist, die Verantwortung und die Folgen für diesen Scherbenhaufen übernehmen muss.

Aus diesem Grunde hat das klagende Opfer nach intensiven Bemühungen um eine qualifizierte, vertrauenswürdige anwaltliche Vertretung eingestellt.
Alle Bemühungen haben nur Absagen eingebracht und bedeuten einen unnötigen Zeitverlust, endlich eine tragfähige Lösung zu erreichen

Der Kläger ist gerne bereit, seine Überlegungen weiter zu entwickeln, um Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen erreichbar zu machen, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum für und mit digitaler Evolution zu erreichen. Professionelle Arbeitsweise, wie mit seinem Lebenswerk beispielhaft vorgeführt, erfordert nicht nur ein entsprechendes Know-how, sondern auch entsprechende Investitionen.

Eine Unterstützung durch die 27.Kammer ist erforderlich.

Velbert, 30.Okt. 2017

Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes:
Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. "Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?
Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin. Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex

PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend

Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Scroll down after link (page 284)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 08.Nov.2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin
Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
Am Buschkamp 10, 42549 Velbert
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)

Hier: Fortsetzung mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017):
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

Hier: Mit einem gigantischen Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 als Instrument einer gigantischen Umverteilungspolitik wurde das herausragende Lebenswerk des Klägers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa ausgehebelt,
ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
Das Opfer hat den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, das Opfer wurde von den verantwortlichen Mitgliedern der Bundesregierung bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung. Alle Staatsorgane wurden ausführlich informiert und haben (sich) bis heute versagt:
Der Deutsche Bundespräsident,
der Deutsche Bundestag,
das Bundesverfassungsgericht.

> > > Politisch motivierte Zerschlagungen und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 **zurückgetreten**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Drei Schreiben an **Bundespräsident Joachim Gauck**
Erstes Schreiben vom 12.03.2013:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Zweites Schreiben an **Bundespräsident Joachim Gauck** vom 28.03.2013:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Drittes Schreiben an **Bundespräsident Joachim Gauck** vom 10.04.2013:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

> > > Politisch motivierte Zerschlagungen und der Deutsche Bundestag seit 2010 schaut zu

Petition an den Deutschen Bundestag
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom 28.05.2010: Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom 03.01.2011:
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf

> > > Politisch motivierte Zerschlagungen und das Bundesverfassungsgericht seit 2010 schaut zu (Dauerzustand mit Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung)

In jahrelangen strittigen Auseinandersetzungen mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute abgestraft mit Versagung von rechtlichem Gehör für Zerschlagung 1, 2, 3..
Besonders perfide sind juristische Verfahren, in denen das wehrlose Justizopfer auch noch für die verheerende Folgewirkungen gigantischer Umverteilungspolitik verantwortlich gemacht wird:
Sieh Zerschlagung 4, 5, 7
Sieh Anlage **„Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“**
Sieh Anlage **„Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“**

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand unserer gerichtlichen Klagen seit 2010:

> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib-und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)
> Zerschlagung 4: unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut
> Zerschlagung 5: unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung
> Zerschlagung 6: bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zerschlagung 7: Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischem Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz,
Justizopfer mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut, einzige Ursache für verheerende Folgewirkungen
Justizopfer mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**),
Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt, für den ein juristischer Scherbenhaufen wirklich zu komplex ist,
und ganz Deutschland schaut zu!

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Das geht so: Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:

So werden Pflichtversicherungen für soziale Sicherheit für soziale Zerschlagung missbraucht. Sieh Anlage **„Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“**

So werden internationale Menschenrechte ausgeschaltet durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit der perfiden Überzeugung, einen Kostenanspruch für solche Verfahren mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen zu können. Sieh Anlage **„Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“**

Dem Justizopfer wird eventuell eine anwaltliche Vertretung mit Prozesskostenhilfe zugestanden. Jedoch:
Eine qualifizierte anwaltliche Vertretung des Justizopfers ist praktisch unmöglich, weil qualifizierte Rechtsanwälte nicht bereit sind, zu PKH-Konditionen die anwaltliche Vertretung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens zu übernehmen: Sieh Kapitel 89 im letzten Schriftsatz vom 30.Okt. 2017:
89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

Der Kläger ist gerne bereit, seine Überlegungen weiter zu entwickeln, um Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen erreichbar zu machen, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum für und mit digitaler Evolution zu erreichen. Professionelle Arbeitsweise, wie mit seinem Lebenswerk beispielhaft vorgeführt, erfordert nicht nur ein entsprechendes Know-how, sondern auch entsprechende Investitionen.

Eine unterstützende Entscheidung durch die 27.Kammer ist erforderlich.

Velbert, 08.Nov.2017

Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017
Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:
Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:
Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:
Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:
Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:
Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017
Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.
Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :
mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)
Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage DOK-03-0
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau
auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH‘88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Anlage DOK-03-1
ONLINE’96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)
auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/h5.htm

Anlage DOK-03-3
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**. “Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Anlage DOK-03-4
Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Anlage DOK-03-5
EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE’97:
„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Anlage DOK-03-6
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Anlage DOK-03-7
Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8
24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

Anlage DOK-03-9
Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92
Bundesminister Dr.Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001
Anlage DOK-04-2
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002
Anlage DOK-04-3
Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003
Anlage DOK-04-4
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH
Anlage DOK-04-5
Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05
Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:
Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1
Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag
der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche
> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980
Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Keynote Speaker > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990
ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6
Keynote Speaker > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2
Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000
ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und …Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2
Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003
Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen, Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3
Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung (politisch motivierte Zerschlagung)

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3
Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der ONLINE 96 in Hamburg
Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient"
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet"

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht **. . .“**
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE’91 des Klägers
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50
> > > http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf

Anlage 3.55:
Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf

Anlage 3.56:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf

Anlage 3.57:
Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf

Anlage 3.58:
Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf

Anlage 3.59:
Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005

Anlage 3.61:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf

Anlage 3.62:
Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf

Anlage 3.63:
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf

Anlage 3.64:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort
Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche

Anlage 3.71:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf

Anlage 3.72:
Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort
Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in Deutschland ohne Perspektive
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf

Anlage 3.74:
Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf

Anlage 3.75:
Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt

Anlage 3.81:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf

Anlage 3.82:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf

Anlage 3.83:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf

Anlage 3.84:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf

Anlage 3.85:
Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf

Anlage 3.86:
Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom 11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf

Anlage 3.87:
Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf

Anlage 3.88:
Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:
Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:
Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Anlage 3.93:
Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf

Anlage 3.94
Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Anlage 3.95:
Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 3.96
Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf

Anlage 3.97
Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)
Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:
Wir klagen an
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011,Seite 5-13
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
(Seite 5-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)
Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:
Wir klagen an
Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:
Wir klagen an (Fortsetzung)
Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage 4.01:
Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv
Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller
Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):
Congressband I Telekommunikation & Netze 2000
Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking
Congressband III Enterprise Networks & Call Centers
Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management
Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business
Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML
Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management
Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing
Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale
Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr
Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen
Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse
Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung
Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:
ONLINE Congressbände 1976-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.
Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)
infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung
Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014
5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014
5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566)zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442
Ergänzungen zu Anlage 3.91
6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)
6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)
6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)
6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt
trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c
6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – **Deutschland wird digitale Kolonie**
Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler
(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen
als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015
Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE’84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt
Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE’96 in Hamburg
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014
01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der
staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben":
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014
17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers
mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten
mit flächendeckender Besucherwerbung und
mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung
Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann
21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:
Professionelle Dokumentation
hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form
auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft
Innovation durch Telekommunikation
Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014
22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen
Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus
Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt
23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.
Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.
Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.
Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:
Verweigerung des Berufungsverfahren durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)
Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung
Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal
nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014
Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014
26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind ,
weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato
gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird
Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“
27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2a der Beklagten)
Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?
Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“
(Punkt 2b der Beklagten)
Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:
Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers
mit einem professionell operierenden Unternehmen,
mit einem exzellenten Lebenswerk,
mit ansehnlichen Altersrücklagen
Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“
29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum
Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000
März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen
Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt
Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei
Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert
Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren
Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA
Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.
Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)
30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)
Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar
Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25
Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:
Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?
32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:
Was wird denn eigentlich beklagt?
Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur
> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch
> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität
33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:
Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger
Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:
Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden
35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers
Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird
36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen
Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)
37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG
Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden
2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa
Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)
38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG
Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung
39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG
40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.
Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014
Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011
41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten
Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution
Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert
Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .
Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung

42. Rechtsmittel der Beschwerde
im Rahmen des Prozesskostenhilfeverfahrens
an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können
Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO
44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)
Mit Recht zurückzuweisen:
Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000
45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:
Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung
46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente
Rehabilitierung unverzichtbar, weil
nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,
sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind
47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitierung.
Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitierung und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)
48. Rehabilitierung durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:
Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution
Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen
International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen
49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitierung
Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami
Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)
Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei
Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)
51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:
Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK
Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert
53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)
„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“
54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa
55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers
haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus
56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .
57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen
OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats
Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)
58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung
59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG
60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung
anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen
anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen
Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg
Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar
61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen
Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen
62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als
Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können
63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution
Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll
Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung
64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:
> Schläge in das Antlitz der Justitia
> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention
> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend
> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden
> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung
65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom
Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen
Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)
66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:
Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung
67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -
Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)
mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,
mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und
wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)
und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als
Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance
70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des
nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische
EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.
71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen
(Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und
extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, sieh
Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3
Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:
Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslwakei (1992)
Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000
Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.
73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens,
ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung
74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu
Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen
Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist
Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und
nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge
75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit
politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik
Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden
76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte
Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte
Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar
77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren
78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.98.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib-und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017
83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .
85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich
medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)
87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadensersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:
Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt
91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“
Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Scroll down after link (page 316)